

Einzelstudie 08:

Beschäftigungspolitik – am Beispiel der Großen Koalition

Beschäftigungspolitik - globale Vorgaben, national ausgeführt

Analyse der nationalen Beschäftigungspolitik
im globalen Dreieck

Alle Rechte an der Website bei:

Dr. Karl H. Pitz

MacroAnalyst.de

Frankfurt am Main, Dezember 2005

Nachtrag zu dieser Analyse in 2011:

Das Statistische Bundesamt (Destatis) hat in den letzten Jahren Untersuchungen zur Beschäftigungsentwicklung vorgelegt.

Die beiden Hauptergebnisse:

- o Der Anteil atypisch Beschäftigter hat seit 1998 deutlich zugenommen: Zeitarbeit, Teilzeitbeschäftigungen mit 20 oder weniger Stunden Arbeit pro Woche, geringfügige Beschäftigungen sowie befristete Beschäftigungen haben Normalarbeitsverhältnisse weiter verdrängt.
- o Für alle Kategorien atypisch Beschäftigter war das Niedriglohnrisiko deutlich höher als für Personen in einem Normalarbeitsverhältnis; sie waren deutlich häufiger armutsgefährdet.

I. **Die Analyse:** Die Beschäftigungstrends der letzten Jahrzehnte

1. **Die fundamentalen Faktoren für die Beschäftigungsentwicklung**

- (a) Faktor 1: Die Produktion - Schöpfung von Arbeit
- (b) Faktor 2: Die Produktivitätsentwicklung - Substitution von Arbeit
- (c) Langfristige Trendentwicklung dieser beiden Faktoren
- (d) Zusatzfaktor 3: Die Arbeitszeit
- (e) Zusatzfaktor 4: Die Einwanderung

2. **Das Ergebnis: Wachsende volkswirtschaftliche Lasten**

II. **Die Beschäftigungspolitik:** Schafft die Große Koalition die Wende?

1. **Strategie 1: Das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion**

- (a) Das Wachstumsprogramm
- (b) Die Finanzierung des Wachstumsprogramms
- (c) Fazit: Kontraktive Gesamtwirkung nicht auszuschließen

2. **Strategie 2: Die Produktivität**

- (a) Die Produktivität - statisch und dynamisch
- (b) Die Produktivitäts- und Innovationspolitik von CCS
- (c) Fazit: Beschleunigung von Innovation und Produktivität

3. **Strategie 3: Die Rolle der Zeit**

- (a) Neue Zeitpolitik
- (b) Die Zeitpolitik von CCS – Investition von Zeit
- (c) Zur Finanzierung und Operationalisierung
- (d) Fazit

4. **Strategie 4: Der Arbeitsmarkt**

- (a) Beschäftigungsunwirksame Teile des Koalitionsvertrags:
- (b) Beschäftigungswirksame Teile des Koalitionsvertrags:
- (c) Fazit: Beschäftigungseffekte der Arbeitsmarktpolitik

5. **Vier Strategien – eine Bilanz der Beschäftigungseffekte**

III. **Wohlstandsinseln in der Wüste?**

1. **Große Koalition im nationalen Politik-Trapez**

2. **Die globale Draufsicht**

- (a) Riss im Kettenglied – Abpumpen aus den Investitionstöpfen
- (b) Die Flutung der Arbeitsmärkte
- (c) CCS negiert den Riss in der Investitionsfinanzierung
- (d) CCS reagiert auf globale Beschäftigungsvorgaben

3. **Große Koalition im globalen Dreieck**

- (a) CCS verharrt in alten Globalisierungsmustern
- (b) Neue Handlungsmuster

IV. **Fazit:** Was passiert bei „Weiter, wie bisher“?

Schafft die Große Koalition die Beschäftigungswende?

Eine Einschätzung der Beschäftigungsstrategie des Koalitionsvertrags

Der Vertrag der Großen Koalition von CDU, CSU und SPD (CCS-KV) ist eine umfassende Darlegung politischer Vorhaben als Ausgangspunkt für die nächste Legislaturperiode.

Positiv hervorzuheben ist, dass darin der Abbau der Arbeitslosigkeit als „zentrale Verpflichtung unserer Regierungspolitik“ herausgestellt wird.

Negativ hervorzuheben ist, dass der Text kein klar gegliedertes Beschäftigungskapitel enthält, das diese zentrale Verpflichtung leichter überprüfbar gemacht hätte. Das Kapitel zum Arbeitsmarkt stellt lediglich einen Ausschnitt zur Beschäftigungspolitik dar.

Schlimmer noch: Obwohl die Beschäftigungspolitik als zentrale Verpflichtung gesehen wird, fehlt eine Analyse der Ursachen des Problems der Arbeitslosigkeit. Ohne Ursachenanalyse aber kein konsistentes Politikpaket.

MacroAnalyst versucht deshalb zunächst, diesem Mangel abzuhelpfen. Darauf aufbauend wird dann der CCS-KV analysiert, um eine Gesamtbilanz der beschäftigungspolitischen Maßnahmen zu erstellen.

Die auch aus der Prioritätensetzung im Wahlkampf aller Parteien zu stellende Frage ist zu beantworten: Bringt die zentrale Verpflichtung der Regierungspolitik die beschäftigungspolitische Wende?

I. Die Meßlatte:

Grundlegende Beschäftigungstrends der letzten Jahrzehnte

Über den gesamten Vertragstext verteilt finden sich Ansätze mit Beschäftigungswirkungen.

Zur Überprüfung der Wirksamkeit des beschäftigungspolitischen Gesamtpaketes benötigen wir Beurteilungskriterien. Diese entnehmen wir der Beschäftigungsentwicklung der Vergangenheit. Wir bauen nicht auf Meinungen, sondern auf empirischen Fakten.

Zunächst also werden die fundamentalen Trendlinien der letzten 35 Jahre herausgearbeitet. Sie sind die eigentliche Grundlage einer Einschätzung des CCS-KV.

1. Die fundamentalen Faktoren für die Beschäftigungsentwicklung

Wir werfen einen Blick auf die vier wichtigsten Einflussfaktoren für die Entwicklung der Beschäftigung.

(a) Faktor 1: Die Produktion - Schöpfung von Arbeit

Der am meisten diskutierte Einfluss für die Beschäftigung der Vergangenheit war das Wachstum des Sozialprodukts. Die Herstellung des Inlandsproduktes wirkt sich positiv auf die Schöpfung von Arbeit aus. Gemessen wird dieser Einflussfaktor als Entwicklung des realen Brutto-Inlandsprodukts (BIP).

(b) Faktor 2: Die Produktivitätsentwicklung - Substitution von Arbeit

Die Produktivität gehört ebenfalls zu den Schlüsselgrößen der Beschäftigungsentwicklung. Seit langem kommt ihr sogar ein größeres Gewicht als dem Wirtschaftswachstum zu.

Gleichwohl wird ihre Bedeutung hierzulande regelmäßig und gezielt vernachlässigt, weil sie die Fragestellung nach der Verteilung der Produktivitätsfortschritte öffnet. Ohne die Frage nach der Produktivität aber, kann es keine hinreichende Beschäftigungsanalyse geben. Und ohne eine hinreichende Beschäftigungsanalyse kann es keine Beschäftigungsstrategie geben.

Für die Analyse der Vergangenheit nehmen wir die *statische Dimension* dieses Einflussfaktors in den Blick. Dieser zufolge gilt Produktivität als ein "Bruch", in dessen Zähler der Output (die Produktion) und in dessen Nenner der Input (die eingesetzte Arbeit) steht.

In den Unternehmen werden dauerhaft Anstrengungen unternommen, den Wert dieses Bruches zu erhöhen, die Produktion mit weniger Arbeit herzustellen. Dies geschieht z. B. durch effizientere Organisationsabläufe oder auch durch erhöhten Leistungsabruf bei den Beschäftigten. Der weitaus bedeutendste Faktor jedoch ist die Substitution der Arbeit durch Kapital. Investitionen in Kapital (neue Fabriken, Maschinen, Computer) substituieren den Einsatz von Arbeit.

Bei dieser statischen Abgrenzung fehlt zwar die dynamische Dimension, wir kommen darauf aber noch zurück. Aber soviel ist daran ökonomisch und mathematisch zwingend:

Jeder Überschuss von Wachstum der Produktivität im Vergleich zum Wachstum des Inlandsprodukts hat in der Vergangenheit eine Verringerung der insgesamt zu leistenden volkswirtschaftlichen Beschäftigungsstunden (= Arbeitsvolumen) nach sich gezogen.

(Der Leser kann eine differenzierte Analyse der Produktivitätsproblematik in den beiden Papieren „Einwanderung“ und „USA versus EU“ auf dieser Website finden).

(c) Welche Trends zeigen diese beiden Faktoren in den letzten 35 Jahren?

Wir destillieren nun die fundamentalen Trendlinien für die Entwicklung der Beschäftigung von 1970 bis heute heraus.

Wegen des mit der Wiedervereinigung einhergegangenen Bruchs in den statistischen Reihen unterteilen wir zunächst in die Zeiträume von
1970 - 90 = vergleichbare Entwicklung im früheren Bundesgebiet und
1991 - 04 = vergleichbare Entwicklung in Gesamtdeutschland.

Tabelle 1: Produktivitätsüberschüsse 1970 - 2004

Langfristige Trendwerte; mittlere Wachstumsraten p. a. in %

		1970 - 1990	1991 - 2004
+	Inlandsprodukt	2,5	1,3
-	Produktivität	3,1	1,8
=	Beschäftigungs-Stunden	-0,6	-0,5

reales Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Produktivität = BIP je geleisteter Beschäftigungsstunde

Beschäftigungsstunden = mittlere effektive Jahresarbeitszeit pro Erwerbstätigen multipliziert mit Zahl der Erwerbstätigen, also Volumen aller geleisteten Arbeitsstunden (volkswirtschaftliches Arbeitsvolumen)

Quelle: StatBA - ESG; eigene Berechnungen *MacroAnalyst*

1967 gab es in Deutschland noch Vollbeschäftigung.

Ab 1970 zeigt die Tabelle dann drei Trends:

Erstens hat sich das Wachstum des Inlandsprodukts sowie das der Produktivität im Vergleich der beiden Perioden deutlich verlangsamt.

Zweitens ist die Produktivität in beiden Zeiträumen auffallend stärker angestiegen als die gesamtwirtschaftliche Produktion. Die Produktivitätsüberschüsse machten jeweils gut einen halben Prozentpunkt aus.

Drittens konnte - wegen dieser Überschüsse - das Inlandsprodukt Jahr für Jahr mit immer weniger Arbeitsaufwand hergestellt werden. Die für die Produktion insgesamt volkswirtschaftlich zu leistenden Beschäftigungsstunden konnten über 34 Jahre hinweg (!) um gut 0,5 % reduziert werden, Jahr für Jahr.

Dies ist ein Befund von großer Tragweite.

(d) Zusatzfaktor 3: Die Arbeitszeit

Da sich das volkswirtschaftliche Arbeitsvolumen aus der Multiplikation der Erwerbstätigen mit der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit ergibt, hätte die Zahl der Erwerbstätigen bei unveränderten Arbeitszeiten Jahr für Jahr um gut 0,5 % sinken müssen. Ein gewaltiger Aderlass.

Dass dies nicht der Fall war, lag allein am gleichzeitigen Rückgang der Arbeitszeit pro Beschäftigten. Wurden nämlich 1970 noch 1.956 Stunden pro Jahr und Beschäftigten geleistet, waren es 2004 - trotz insgesamt immens angestiegener Wirtschaftsleistung - nur noch 1.362 Std. (IAB).

Kasten

Teilzeitarbeit ist auch Arbeitszeitverkürzung

In die Reduzierung der Arbeitszeit fließen dabei nicht nur die tariflichen Vorgaben, sondern auch die Effekte aus der gestiegenen Teilzeit ein: Wird eine Vollstelle in zwei Halbstellen aufgeteilt, geht die Arbeitszeit pro Kopf zurück.

Aktuelles Beispiel:

Das Arbeitsvolumen der Frauen ist von 1991 bis 2004 gesunken.
Parallel dazu hat jedoch die Beschäftigung von Frauen deutlich zugenommen.

Dies lag daran, dass die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit sich auf Teilzeitarbeit einschließlich der geringfügigen Beschäftigung beschränkte.

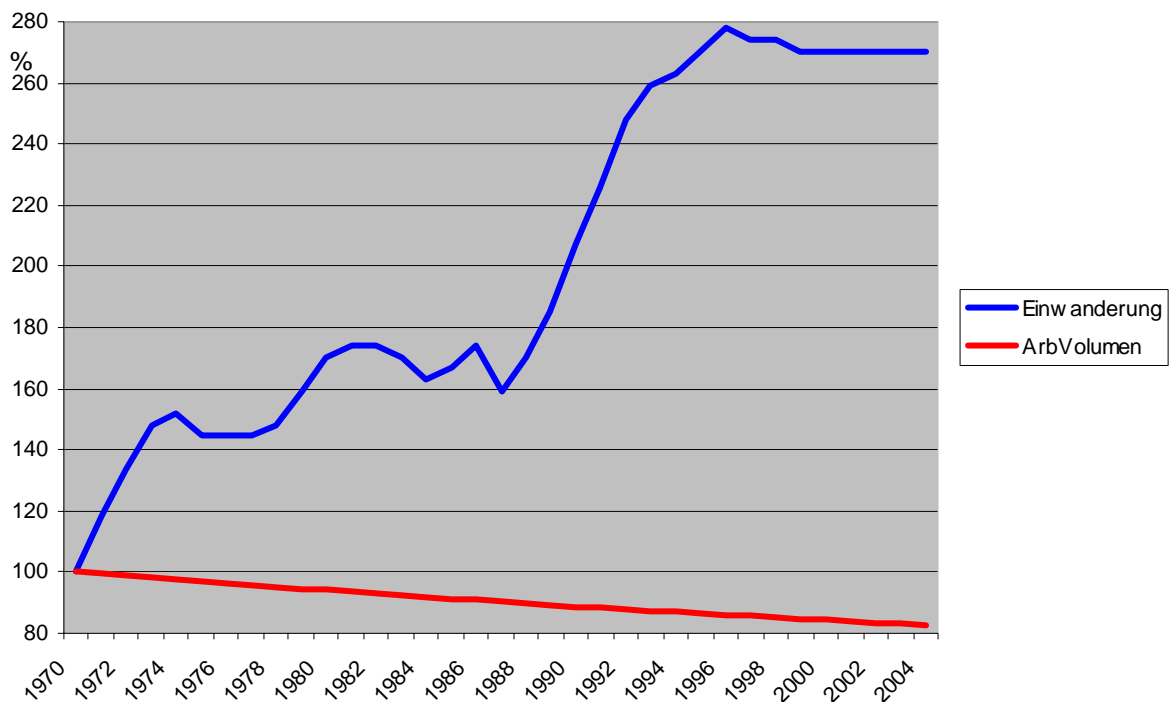
Ein geringeres Arbeitsvolumen hat sich also auf eine weitaus größere Zahl von Frauen verteilt.

IAB Kurzbericht Nr. 22 vom 24. November 2005

(e) Zusatzfaktor 4: Die Einwanderung

Obwohl ab 1970 für das ständig steigende Inlandsprodukt wegen der parallel laufenden Effizienzgewinne Jahr für Jahr im Trend gut ein halbes Prozent weniger Arbeitsstunden aufzuwenden waren, fand eine massive Einwanderung statt. Wie hat diese Einwanderung den Arbeitsmarkt verändert? .

Entwicklung von Ausländern und Beschäftigungsstunden



Quelle: StatBuA; Berechnungen von *MacroAnalyst*

Die Grafik zeigt, wie sich die Zahl der Ausländer und die Zahl der insgesamt zu leistenden Arbeitsstunden (Arbeitsvolumen) verändert hat.

Ausdrücklich festzuhalten ist, dass keine Korrelation zwischen beiden Kurven existiert. Die Kurven werden lediglich deshalb gezeigt, weil beide Phänomene beschäftigungspolitisch parallel nicht zusammenpassen

Mit einem starken Zuwachs an ausländischer Bevölkerung ging ein nur moderater Zuwachs an ausländischer Beschäftigung einher. Der Rückgang ihres Beschäftigungsgrades war eklatant: Gingen 1970 noch 83 % der Ausländer einer Beschäftigung nach, so taten dies 2000 nur noch 33 %.

(Der Leser findet eine differenzierte und umfassende Analyse des Zusammenhangs zwischen Arbeitsmarkt und Einwanderung im Papier „Einwanderung“ auf dieser Website).

2. Das Ergebnis: Wachsende volkswirtschaftliche Lasten

Am Ende dieses Zeitraumes von 35 Jahren ist die deutsche Volkswirtschaft nunmehr mit schwer wiegenden Lasten konfrontiert.

- Ein allgemeiner Ausdruck dafür ist der *volkswirtschaftliche Lastenfaktor*, der seit Jahren steigende Tendenz aufweist.

Die von den Erwerbstätigen zu schulternde wirtschaftliche Gesamtlast lässt sich so ausdrücken: Bei Antritt der Großen Koalition müssen 39 Millionen Erwerbstätige die Finanzierung der Gesamtbevölkerung von 82,5 Millionen sicherstellen. Das ist ein Faktor von 212, der weiter steigende Tendenz aufweist (umfassende Berechnungen über die Projektion dieses Faktors im Papier „Einwanderung“ auf dieser Website).

- Im Zähler dieses Faktors sind u.a. die *Arbeitslosen* enthalten, denen insofern ein besonderes Gewicht für die Sanierungspolitik der Großen Koalition beigemessen wird, als generell die Vorstellung herrscht, diese Gruppe könnte noch am ehesten wieder in den Nenner eingegliedert werden. Hierzu ist jedoch auch die „Stille Reserve“ zu rechnen, die ebenfalls in der Differenz zwischen Bevölkerung und Erwerbstätigen enthalten ist. Hierbei handelt es sich um Personen, die Arbeit annähmen, wenn Arbeitsplätze angeboten würden.

Bei Antritt der Koalition liegen die Arbeitslosenzahlen bei 4,6 Millionen (Okt. 2005), was einer Arbeitslosenquote von 11 % entspricht. Rechnet man die Stille Reserve hinzu, steht tatsächlich eine nationale Überkapazität an Arbeitskräften in Höhe von 7,3 Millionen bereit, neu zu schaffende Arbeitsplätze auch zu besetzen.

Seit über drei Jahrzehnten nun wird der Versuch gemacht, diese Arbeitslosen wieder in die Erwerbstätigkeit zurückzuführen. Trotz aller Anstrengungen ist die Beschäftigungslosigkeit jedoch ständig weiter angestiegen. Sie hat sich strukturell verfestigt, wie nicht nur das trendmäßig steigende Niveau, sondern auch der hohe Anteil von Langzeitarbeitslosen zeigt.

Diese Ausgangslast ist das Erbe, das die Große Koalition von allen Regierungen der letzten 35 Jahre übernimmt. Mit ihrem Koalitionsvertrag erhebt sie den Anspruch, eine Wende der gezeigten verhängnisvollen Trends durchzusetzen.

Wird ihr dies gelingen?

II. Die Beschäftigungspolitik:

Schafft die Große Koalition die Wende der langfristigen Trends?

Der Koalitionsvertrag (CCS) enthält zwei ganz unterschiedliche Ansätze zur Wachstums- und Beschäftigungsstrategie.

Es gibt einen *kurz- bis mittelfristigen Ansatz*, der mit mehr konventionell ausgelegten Projekten auf einen unmittelbaren Wachstums- und Beschäftigungsanstoß zielt.

Und es gibt eine *langfristig angelegte Fundamentalstrategie*, die die innovativen Fundamente des Systems erneuern will.

1. CCS-Strategie 1: Das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion

Ein makroökonomisches Aggregat steht ganz im Vordergrund bei CCS:
„Ein zentrales Ziel der Koalition ist neues Wachstum und mehr Beschäftigung für Deutschland. Deutschland braucht eine Wachstumsstrategie mit deutlich höheren *Investitionen*“.

Ergänzt wird: „Durch eine Stärkung des Verbrauchervertrauens wollen wir die private *Konsumnachfrage* beleben“.

(a) Das Wachstumsprogramm

„Mit gezielten Maßnahmen wollen wir die Konjunktur in Fahrt bringen: Zur Stärkung von Innovationen, Investitionen, Wachstum und Beschäftigung sowie zur Stärkung des Verbrauchervertrauens werden in fünf zentralen Bereichen konkrete Impulse in einem Gesamtvolumen von 25 Mrd. Euro in den kommenden vier Jahren gegeben“.

„Mit der Erhöhung der degressiven Abschreibung für Investitionsgüter, der energetischen Gebäudesanierung und der Absetzbarkeit von Kosten für Handwerksleistungen in privaten Haushalten sowie einer stärkeren Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen sorgen wir für zusätzliches Wachstum“.

Unter den Einzelprojekten hervorgehoben wird die Verkehrsinfrastruktur:
„Zur Gewährleistung eines Mindestbedarfs für die Erhaltung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur werden wir im Zeitraum der 16. Legislaturperiode die Investitionslinie der Bundesverkehrswege deutlich erhöhen und verstetigen. Wir erhöhen die Verkehrsinvestitionen. Der bedarfsgerechte Erhalt und Ausbau von Straßen, Schienen und Wasserstraßen wird gewährleistet“.

„Im Zuge der europäischen Integration ist die Verbesserung der grenzüberschreitenden Verkehrswege von besonderer Bedeutung“.

Scheinbar handelt es sich um ein klassisches Konjunkturprogramm; es ist daher auf seine Beschäftigungswirkungen zu überprüfen.

(b) Die Finanzierung des Wachstumsprogramms

Auf den ersten Blick beeindruckend ist ein Volumen von 25 Mrd. EUR.

Diese Summe ist jedoch auf vier Jahre ausgelegt, macht also nur gut 6 Mrd. pro Jahr aus, das sind knapp 0,3 % vom BIP.

Wichtiger jedoch ist, nicht einfach nur das Volumen auf der Ausgabenseite zu berücksichtigen.

Die Finanzierung dieser Ausgaben spielt eine wesentliche Rolle für die Beurteilung des Wachstumseffektes.

Expansive Wirkungen bei der Verausgabung staatlicher Mittel stehen kontraktive Wirkungen bei ihrer Finanzierung gegenüber. Den Finanziers wird Kaufkraft entzogen.

Erst beide Seiten ergeben eine Bilanz.

Das klassische keynesianische Programm sah einen expansiven Konjunkturreffekt erst in einer Kreditfinanzierung von Staatsausgaben (deficit spending), weil nur in diesem Fall von einer vermehrten Nachfrage im Kreislauf ausgegangen wurde.

Unabhängig von der Frage, ob eine solche Politik heute überhaupt noch vorstellbar ist, ist in Bezug auf den Koalitionsvertrag zu registrieren, dass die CCS nicht der Haushaltsexpansion, sondern der Haushalts*konsolidierung* die oberste Priorität einräumt. Die Kreditfinanzierung soll nicht ausgeweitet, sondern gerade heruntergefahren werden.

Unmissverständlich heißt es:

„Das hohe strukturelle Defizit des Staatshaushalts und der Schuldendienst begrenzen die Handlungsfähigkeit des Staates. Um Deutschlands öffentliche Finanzen auf eine solide Basis zu stellen, sind die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden in einer gemeinsamen Anstrengung zu konsolidieren“.

Schwerpunkt dieser Konsolidierung ist eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent am 1. Januar 2007.

Nun zielt die Mehrwertsteuer systematisch auf eine Überwälzung von Wertschöpfungsstufe zu Wertschöpfungsstufe, um schließlich vom Konsumenten getragen zu werden. Geht man davon aus, dass eine solche Überwälzung vollständig gelingt, dann handelt es sich um ein Steuermehraufkommen von 25 Mrd. Euro, das bei den Konsumenten ankommt. Zu einem Drittel soll dieses zur Absenkung von Sozialbeiträgen eingesetzt werden, was sich zu Entlastungen von 12 Mrd. EUR addiert. Per Saldo büßen die privaten Haushalte somit 0,8 Prozent ihres verfügbaren Einkommens ein (DIW). Da die MWSt. eine regressive Steuer ist, belastet sie untere Einkommen, die einen größeren Anteil ihres Einkommens konsumieren, stärker als obere. Bei der massiven Größenordnung von 3 Prozentpunkten muss von einem Vorzieheffekt ausgegangen werden. Dies wird zu einem Konsumanstoß in 2006 führen, der in 2007 durch einen Rückgang der Konsumausgaben überkompensiert werden wird.

Es tritt aber noch eine Reihe anderer Einzelmaßnahmen hinzu, wie z. B. Streichung der Eigenheimzulage, Kürzung der Pendlerpauschale, Herabsetzung des

Sparerfreibetrages, Abschaffung diverser Freibeträge, Erschwerung der Abzugsfähigkeit des häuslichen Arbeitszimmers u. dgl. m.

Wie durch dieses Paket das „Verbrauchervertrauen gestärkt“ werden soll, bleibt das Geheimnis von CCS.

(c) Fazit: Kontraktive Gesamtwirkung nicht auszuschließen

Wird die Große Koalition mit ihrem Katalog beschäftigungswirksamer Maßnahmen eine Beschäftigungswende herbeiführen? Ein nochmaliger Blick auf die gezeigten Fundamentaltrends der letzten 35 Jahre zeigt, dass dies mit dem kurz- bis mittelfristig angelegten Wachstumsprogramm nicht zu erreichen ist.

Vier Gründe sprechen für diese Einschätzung:

Erstens ist das Ausgabevolumen dieses Programms knapp dimensioniert.

Zweitens wird die bereits langfristig laufende Fehlentwicklung der makroökonomischen Aggregate noch verschärft. Die Konjunktorentwicklung in Deutschland weist seit langem ein – im übrigen genau im Gegensatz zur USA stehendes - Muster auf: Rasante Außenentwicklung, lahrende Binnenkonjunktur. Die konzipierte Finanzierungsseite, insbesondere die Mehrwertsteuererhöhung, wird dieses Muster verfestigen.

Drittens könnte bei dieser Konzeption durchaus die Einbettung der deutschen Wirtschaftsentwicklung in die internationale Geldpolitik vernachlässigt worden sein. Die im System der Mehrwertsteuer systematisch vorgesehene Überwälzung der Steuerlast auf jeder Stufe der Wertschöpfungskette bis hin zum Verbraucher wird inflatorische Effekte nach sich ziehen.

Von außen schwer zu erkennen, aber durchaus nicht unwahrscheinlich ist, dass die EZB schon jetzt eine restriktivere Geldpolitik eingeleitet hat, weil sie diese Inflationswirkungen, neben den ohnehin vorhandenen, mittelfristig vorausschauend in ihre Strategie einbezieht.

Viertens aber geht die CCS bei ihrem Programm von einer falschen Wachstumsdiagnose aus: „Seit rund 10 Jahren ist die deutsche Wirtschaft durch eine ausgesprochene Wachstumsschwäche gekennzeichnet“.

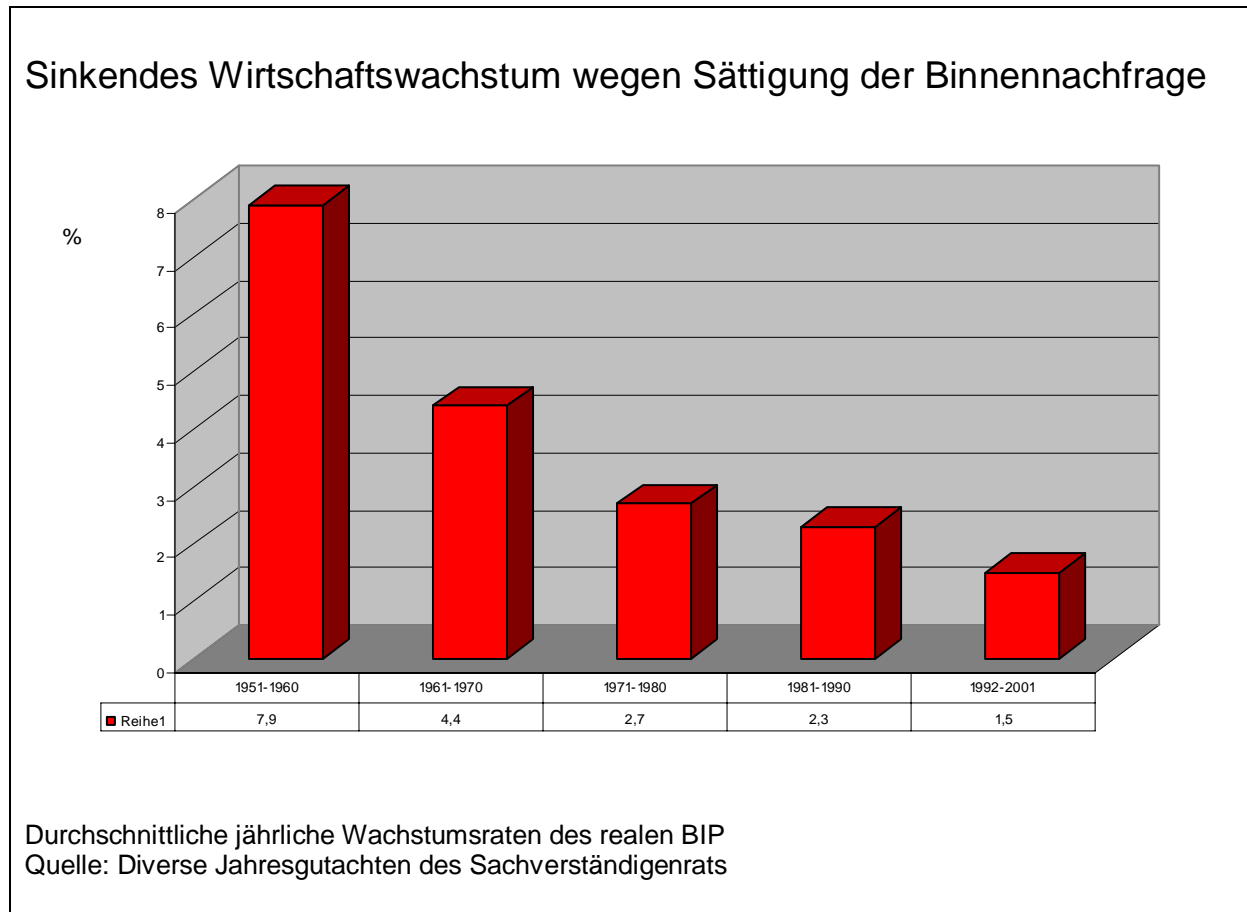
Schon in dieser Formulierung kommt eine Unterschätzung des eigentlichen Problems zum Ausdruck.

Es handelt sich nicht lediglich um eine „Schwäche“, und auch um keine, die erst in den letzten 10 Jahren aufgetreten ist.

Im zertrümmerten Deutschland der 50er Jahre hat es nominale Wachstumsraten des Sozialprodukts von 10, 12, 15 % pro Jahr gegeben. Real ist das Bruttoinlandsprodukt von 1950 bis 1960 noch immer um fast 8 % gewachsen, Jahr für Jahr. Nach der Behebung der Kriegsschäden war dieses hohe Wachstumstempo natürlich nicht

mehr aufrecht zu halten. Langfristig musste die Binnennachfrage allmählich zurückgehen, parallel zur zunehmenden Sättigung der Gesellschaft. Die Wachstumsraten mussten sinken. Dies ist ein fundamentaler Ausgangsbestand, der im Koalitionsvertrag nicht gesehen wird.

Führende Kräfte der CCS scheinen diese Gesetzmäßigkeit bis heute falsch einzuschätzen: „Wir reden viel zu wenig über Wachstum. Wir haben gedacht, Wachstum gibt es immer“; (Franz Müntefering, Stern Nr. 13 von 2005).



Die Grafik macht es deutlich: Es handelt sich um einen strukturellen Tatbestand, um eine Gesetzmäßigkeit, die seit über fünf Jahrzehnten zu registrieren ist.

Und das muss der *erste Ausgangspunkt* jeder Beschäftigungsstrategie sein.

2. CCS-Strategie 2: Die Produktivität

Als *zweiter Ausgangspunkt* der Überprüfung der CCS-Beschäftigungsstrategie ist die Produktivitätskategorie heranzuziehen.

Eine folgenreiche Differenzierung ist zum Einstieg unerlässlich, da sie für die Beurteilung des Vertrags eine große Rolle spielt.

(a) Die Produktivität - statisch und die dynamisch

Die *statische* Produktivitätsdimension hatten wir oben bereits festgehalten. Ex post und makroökonomisch trifft immer zu, dass ein *arbeitssparender* Produktivitätseffekt dann eingetreten sein muss, wenn die Produktivität stärker als die Produktion gewachsen ist.

Davon zu unterscheiden ist der *arbeitsschaffende* Effekt der Produktivität. Dieser *dynamische* Charakter der Produktivität ist von ebenso großer Bedeutung für die Entwicklung einer Beschäftigungsstrategie.

Dem zufolge wird Produktivität als ein Angebotsmotor wirtschaftlichen Wachstums verstanden. "Produktivität ist vor allem und zu allererst eine Geisteshaltung. Es ist eine positive Haltung zum Fortschritt, die gewollte dauernde Verbesserung dessen, was existiert (KAIZEN). Es ist die Überzeugung, dazu fähig zu sein, es heute besser als gestern und weniger gut als morgen zu machen. ... Es ist die ständige Anpassung des wirtschaftlichen Lebens an sich ändernde Bedingungen; es ist das dauernde Bemühen, neue Techniken und neue Methoden anzuwenden" (Japan Productivity Center).

Ex ante und makroökonomisch ist die Erzeugung von Produktivität in eine Kette mit den folgenden Gliedern eingebettet:

Die Produktivitäts- und Beschäftigungskette

Bildung → Forschung → Innovation → Umsetzung des Wissens in wettbewerbsfähige Produkte und Prozesse → Beschäftigungsvolumen

Produktivität trägt also einen beschäftigungspolitischen Januskopf:

Einerseits ist die Entfaltung von Produktivität (ex ante) Voraussetzung jeder anspruchsvollen Nachfrage nach Arbeit. Ohne Produktivität kein Export, kein Wachstum, lediglich einfache Arbeiten, ökonomisches Niveau der Dritten Welt.

Andererseits führt eine Steigerung der Produktivität, trifft sie auf begrenztes Wachstum der Produktion, zu einem Abbau des volkswirtschaftlichen Arbeitsvolumens.

Bei aller dynamischen Beschäftigungsschöpfung für die Zukunft gilt doch zwingend:

Jeder dauerhafte Überschuss von Wachstum der Produktivität im Vergleich zum Wachstum des Sozialprodukts zieht zwangsläufig eine Verringerung der insgesamt zu leistenden volkswirtschaftlichen Beschäftigungsstunden (= Arbeitsvolumen) nach sich.

Im Kern besteht also die Kunst der Beschäftigungspolitik darin, diesen Doppelleffekt auszubalancieren.

(b) Die Produktivitäts- und Innovationspolitik von CCS

Welche Rolle spielt nun die Produktivität im Koalitionsvertrag?
Kann eine Ausbalancierung der Produktivitätseffekte erreicht werden?

Vorweg: Im Vertrag spielen die Programmpunkte zur Erzeugung neuer Produktivität eine herausragende Rolle. Die wichtigsten Schwerpunkte der Produktivitätskette sind:

Erstes Kettenglied: Bildung

Ausgewählte produktivitätsrelevante Passagen in diesem Kettenglied lauten:

„Bildung ist der entscheidende Zukunftsfaktor für unser Land. Bildung ist der Schlüssel für .. Entwicklung und Innovation. Unser Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft hängen immer stärker davon ab, welchen Stellenwert Bildung erhält“.

Zur Umsetzung dieser Zielsetzung werden eine Reihe von Maßnahmen angekündigt. Die wichtigste für die Verbindung zur Beschäftigungspolitik ist:

Lebenslanges Lernen soll etabliert, indem Aus- und Weiterbildung umfassend miteinander verzahnt werden.

„Der schnelle technologische Fortschritt in der Wissensgesellschaft erfordert es, berufliche Fähigkeiten und berufliches Wissen auch nach der Erstausbildung zu erhalten, anzupassen und zu erweitern. Weiterbildung ist mehr als ein Bildungsprinzip. Lebensbegleitende Weiterbildung sichert Qualifikation und schützt damit vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen beruflich aktiv und auf dem aktuellen Wissensstand bleiben. Um Offenheit, Lernbereitschaft und Lernfähigkeit generationenübergreifend zu verbessern, muss die Weiterbildungsbeteiligung deutlich erhöht werden. Wir wollen mittelfristig die Weiterbildung zur 4. Säule des Bildungssystems machen“.

Zweites Kettenglied: Forschung

Ausgewählte produktivitätsrelevante Passagen im zweiten Kettenglied lauten:

„Deutschland als hoch industrialisiertes Land mit wenigen Rohstoffen muss seine Kraft dort konzentrieren, wo es wettbewerbsfähig ist. In innovativen Bereichen mit

hoher Wertschöpfung entwickeln wir neue Produkte, Ideen für Ressourcen schonende Verfahren und zukunftsweisende Dienstleistungen. Aus Forschung für Mensch und Umwelt entstehen Innovationen, die Arbeitsplätze sichern...“

„Voraussetzung dafür ist ein hoher Leistungsstand bei Forschung und Entwicklung sowie bei der Anwendung und Weiterentwicklung moderner Technologien“.

„Hochschulen sind das Fundament unseres Wissenschaftssystems. Ihre Forschungsergebnisse schaffen Grundlagen für Innovationen. Als Schnittstellen zwischen Bildung, Forschung und Innovation entscheiden sie maßgeblich über die Arbeitsplätze von morgen“.

„Die universitäre und außeruniversitäre Forschung wird besser vernetzt und der Technologietransfer mit moderner Clusterpolitik gemanagt“.

„Mit der verstärkten Vernetzung von anwendungsbezogener Forschung mit innovativer Entwicklung für neue Produkte und Verfahren, unterfüttert mit ausreichend Chancenkaptal, werden wir dafür sorgen, dass aus den hervorragenden wissenschaftlichen Potentialen in Deutschland neue Unternehmen, neue Produkte und neue gut bezahlte Arbeitsplätze entstehen“.

Drittes Kettenglied: Innovation

Ausgewählte produktivitätsrelevante Passagen im dritten Kettenglied besagen:

„Eine neue Innovationskultur entwickeln. Wir wollen eine Innovationspolitik, die die gesamte Wertschöpfungskette von der Grundlagenforschung bis zur Anwendung im Blick hat“.

„Besonderer Wert wird auf die Stärkung der Rolle des Staates als Nachfrager von Innovationen gelegt“.

Der Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Technologiestandorts Deutschland dienen ausgewählte innovative Leuchtturmprojekte, wie zum Beispiel

- das europäische Satellitennavigationssystem GALILEO
- konventionelle hocheffiziente Kraftwerken mit dem Ziel Nullemission,
- die Weiterentwicklung der Brennstoffzellentechnologie,
- der Ausbau von Bahnschnellsystemen (Transrapid-Referenzstrecke in D)

„Wir werden gemeinsam mit Wissenschaft und Wirtschaft Innovationsstrategien für Spitzentechnologien entwickeln, um Technologie- und Marktführerschaften für Deutschland auszubauen oder zu erobern. Dazu gehören Bio- und Gentechnologie, I+K-Technik, Nanotechnologie und Mikrosystemtechnik, optische Technologien, Energietechnologie, Umwelttechnik und Raumfahrttechnik“.

„Die Projektförderung schweißt Wissenschaft und Wirtschaft zusammen und hat sich als effektiver Transmissionsriemen zwischen Forschung und Praxis erwiesen. Sie befördert die Entstehung von Netzwerken und Clustern, in denen sich exzellente

Wissenschaft und innovative Unternehmen gegenseitig befruchten“.

Viertes Kettenglied: Umsetzung

Ausgewählte produktivitätsrelevante Passagen im vierten Kettenglied besagen:

„Was an Beschäftigung durch Betriebsaufgaben, Insolvenzen und Verlagerung ins Ausland weg bricht, muss durch neue Beschäftigung ersetzt werden. Die Grundlagen dafür sind die Gründung neuer Betriebe sowie Innovationsschübe für die Entwicklung neuer Produkte und die Erschließung neuer Märkte“.

„Mit Hilfe einer Existenzgründungsoffensive müssen der Strukturwandel ohne Brüche gestaltet und neue Beschäftigungsmöglichkeiten erschlossen werden“.

„High-Tech-Gründer und junge Technologieunternehmen benötigen vor allem Wagniskapital.. Wir werden die Kapitalausstattung insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen verbessern“.

„Deutschlands technologische Leistungsfähigkeit beruht zu großen Teilen auf seinem Mittelstand. Damit dieser im globalen Wettbewerb bestehen kann, muss seine Innovationskraft weiter gestärkt werden. Wir werden deshalb spezifische Maßnahmen ergreifen, um bisher nicht innovierende kleine und mittlere Unternehmen gezielt an Forschung und Entwicklung heranzuführen.. Wir werden neue Instrumente für eine verbesserte Umsetzung wissenschaftlicher Ergebnisse in Produkte und Dienstleistungen schaffen“.

(c) Fazit: Beschleunigung von Innovation und Produktivität

Die deutsche Wirtschaft weist einen hohen Grad an Wettbewerbsfähigkeit aus. Die seit der Wiedervereinigung erneut stark angestiegenen Exportüberschüsse zeigen dies – im drastischen Gegensatz zur Entwicklung in den USA – deutlich (Grafik siehe nächst Seite).

Gleichwohl können diese Fakten kein Ruhekitzen sein, denn die USA sind nicht mehr der Maßstab. Die Diagnose von CCS ist ja richtig:

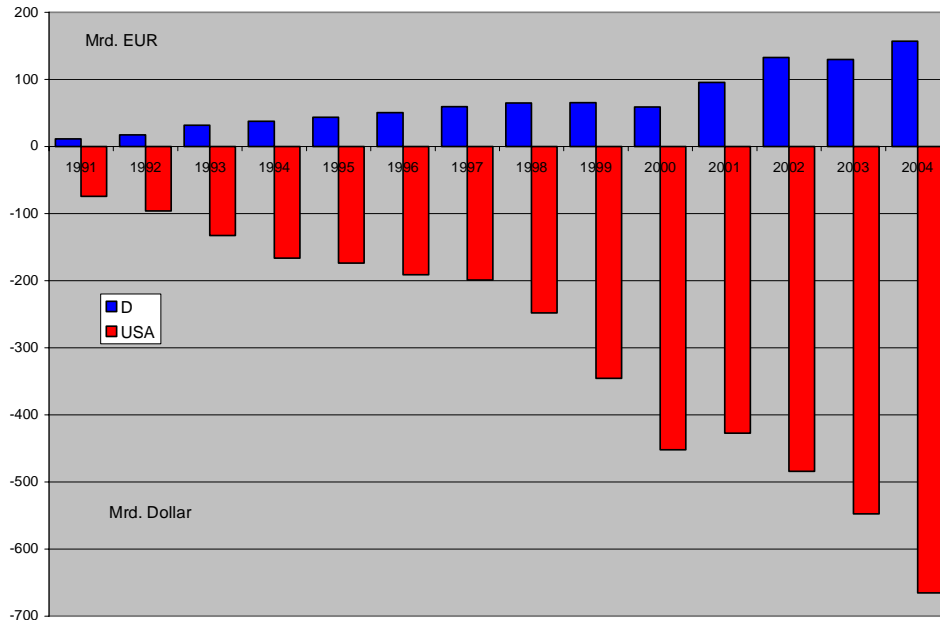
„Die internationale Konkurrenz steht nicht still. Deutschland muss sich dem rasanten, weltweiten Strukturwandel offensiv stellen“.

Dazu bietet die im Koalitionsvertrag dargelegte Innovations- und Produktivitätsstrategie ein Bündel perspektivreicher Ansatzpunkte.

Wenn diese Strategie von CCS nicht als eine Art weiteres Wahlprogramm („wir wollen...“), sondern als Basisfolie für eine anstehende Operationalisierung gesehen würde, dann könnte dies tatsächlich zur „Stärkung der Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft“ führen, die von CCS für notwendig gehalten wird und die Daueraufgabe sein muss.

Grafik:

Deutschland = hohe Exportüberschüsse; USA = vernichtende Exportdefizite



Quellen: Bureau of Economic Analysis, Dept. of Commerce; Bundesbank; Grafik: MacroAnalyst

Aber:

Mit diesem Innovationskapitel haben wir offensichtlich auch die Stelle erreicht, an der die Gesamtstrategie von CCS ins Schleudern zu kommen droht. Der Stellenwert der strategischen Einzelbausteine und der Zusammenhang zwischen den Einzelstrategien scheint an dieser Stelle aus dem Blick zu geraten.

In den Vordergrund wird abermals das Wachstum gestellt:

CCS analysiert: Das schwache Wachstum ist die wesentliche Ursache für den spürbaren Rückgang der Beschäftigung. „Notwendig ist ein neuer Wachstumsschub durch die Belebung von Investitionen und Innovationen“. Das ist die „Voraussetzung für mehr Beschäftigung in Deutschland“.

Das ist - für sich genommen - richtig, aber für die Lösung des Beschäftigungsproblems nicht ausreichend.

Ausgeblendet wird an dieser Stelle erneut der arbeitssparende Effekt der Produktivität.

Die gezeigten Fundamentaltrends der letzten 35 Jahre zeigen aber unmissverständlich, dass diesem Effekt sogar ein größeres Gewicht als dem Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion zukommt. Die Makrostatistiken zeigen im Trend einen Überschuss an Produktivität von gut einem halben Prozentpunkt – mit der entsprechenden Einsparung an Arbeitsvolumen.

Unabhängig von diesem Befund will CCS aber die Innovation noch beschleunigen. Ihre Innovationsstrategie läuft aber keineswegs nur auf die Innovation von Produkten, sondern natürlich auch auf die von Prozessen hinaus. Es muss darüber hinaus davon ausgegangen werden, dass die Innovation von Prozessen schneller vonstatten geht (Implementierung von Informations- und Kommunikations-Technologien) als die Innovation von Produkten (Sättigung).

Wie sehr sich CCS hier in einer isolierten Sicht der Wirkungen zu verfangen droht, zeigt auch die Absicht, im eigenen Handlungsbereich zu rationalisieren.

Bürokratieabbau

Die Neuentlastung von Bürgern, Wirtschaft und Behörden von einem Übermaß an Vorschriften und der damit einhergehenden Belastung durch bürokratische Pflichten und Kosten ist ein wichtiges Anliegen der Koalition.

Vordringlich sind dabei der Abbau von Statistik-, Nachweis-, Dokumentations- und Buchführungspflichten, die Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, der Abbau von Doppel- und Mehrfachprüfungen, die Vereinheitlichung von Schwellenwerten zum Beispiel im Bilanz- und Steuerrecht, die Begrenzung der Verpflichtung von Betrieben zur Bestellung von Beauftragten, die Vereinfachung der betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Betreuung von Kleinbetrieben sowie die Entbürokratisierung der bestehenden Förderprogramme.

Quelle: Koalitionsvertrag
Punkt 9 im Kapitel I. „Mehr Chancen für Innovation und Arbeit“

Der Abbau von Bürokratie ist natürlich in keiner Weise in Frage zu stellen. Das ist überfällig.

Genauso unerlässlich ist aber auch, die produktivitätssteigernde Wirkung dieser Einzelmaßnahme in die Gesamtbilanz einzubeziehen. Führt dieser Effekt nicht zu einer zusätzlichen Ausbalancierung an anderer Stelle, bewirkt er eine Vergrößerung des Überschusses von Produktivität über das Wirtschaftswachstum und damit einen weiteren Abbau der volkswirtschaftlich zu leistenden Beschäftigungsstunden.

Produktivität und Innovation darf also nicht eindimensional gesehen werden. Nicht nur das Ziel der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ist hier zu verfolgen, sondern das Beschäftigungsziel ist ebenfalls im Auge zu behalten, - jedenfalls dann, wenn man ihr höchste politische Priorität beimisst.

Die Frage bleibt also auch nach diesem Kapitel, wie diese Widersprüche aufzulösen sind. Wird CCS in der Lage sein, die Produktivitätseffekte auszubalancieren?

3. CCS-Strategie 3: Die Rolle der Zeit

Die Frage nach der Ausbalancierung der arbeitssparenden und arbeitsschaffenden Produktivitätseffekte führt uns zu einem dritten beschäftigungsrelevanten Schwerpunkt im Koalitionsvertrag. Dieser ist dort allerdings explizit nicht reflektiert.

(a) Neue Zeitpolitik

Die Kernaufgabe der CCS-Produktivitätspolitik kann nicht die Maximierung eines Ziels sein (Produktivität), sondern muss – den selbst gesetzten Prioritäten zufolge – die Optimierung mehrerer Ziele sein (Produktivität, Innovation *und* Beschäftigung). Dieses Optimum gilt es noch zu formulieren.

Wir hatten eingangs festgehalten, dass sich das volkswirtschaftliche Arbeitsvolumen aus der Multiplikation der Erwerbstätigen mit der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit ergibt.

Wir hatten auch gesehen, dass die Arbeitszeit in den letzten 35 Jahren fühlbar verkürzt worden ist, und damit ein Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen parallel zum sinkenden Arbeitsvolumen verhindert worden ist.

Dies geschah – im Kern – auf zwei Wegen:

Zum ersten haben die Gewerkschaften auf tarifvertraglichem Wege die Arbeitszeit verkürzt (mit Lohnausgleich);

zum zweiten haben die Unternehmen die Arbeitszeit verkürzt, z. B. durch die Einführung von Teilzeitarbeit (ohne Lohnausgleich).

Diese Politik ist Ausfluss der lange in Deutschland vorherrschenden statischen Produktivitätsauffassung gewesen. Zum Auffangen von Produktivitätsüberschüssen interessierte

im ersten Fall nur die Verlängerung von Freizeit;

im zweiten Fall die Flexibilisierung von Arbeit.

Die politische Auseinandersetzung war von der Kategorie *Konsum von Zeit* beherrscht (35-Std.-Woche).

Auf der Grundlage einer dynamischen Sichtweise der Produktivität ergibt sich nun ein komplizierteres politisches Handlungsmuster. Produktivität ist jetzt nicht mehr – wie in der alten, tayloristischen Ökonomie – ausschließlich Sache von Spezialisten, sondern wird mehr und mehr Angelegenheit der gesamten Gesellschaft („advice from all“).

Die Mobilisierung und die Entwicklung der in den Köpfen bereits vorhandenen Produktivitätsreserven und die permanente Weiterentwicklung dieses Potentials schöpfen zusätzliche Innovation und mikro- wie makroökonomische Produktivität.

Soll dieser Prozess nicht zu einer noch größeren Arbeitslosigkeit führen, dann muss Beschäftigungssicherung als Grundziel in den Innovationsprozess eingebaut werden. Dies kann nur heißen, möglichst viel Zeit für Produktivitätsschöpfung zu investieren.

Dann wird die Ausbalancierung der Effekte in Angriff genommen.

Dann nämlich wird zwar weiterhin Zeit durch – aus Maßnahmen der Vergangenheit herrührender – Produktivität frei (ex post), die ihrerseits jedoch für zukünftige Produktivität gebunden wird (ex ante).

Dann wird der Rückgang des Arbeitsvolumens nicht mehr durch die Ausweitung von Freizeit aufgefangen, sondern durch die Weiterentwicklung der Köpfe.

Politisch geht es dann bei dieser Aufgabe um die Kategorie *Investition von Zeit*.

Zeit zu investieren ist einerseits die Voraussetzung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Es bedeutet andererseits zugleich, Arbeitszeit zu binden, d. h. diesen Zielen einen positiven Beschäftigungseffekt hinzuzufügen.

(b) Die Zeitpolitik von CCS – Investition von Zeit

CCS führt im Koalitionsvertrag diese strategische Linie ein, ohne sie zunächst explizit so auszuweisen. Es ist aber eine ganze Reihe entsprechender Maßnahmen aufgeführt.

Exkurs: Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre wollen wir in diesem Kapitel nicht aufnehmen. Es ist eine Maßnahme, die grundsätzlich auf die weitere Vergrößerung des Arbeitsangebotes gerichtet und damit beschäftigungspolitisch kontraproduktiv angelegt ist. CCS muss dies im Blick haben. Wenn sie diese Maßnahme gleichwohl im KV aufführt, kann sie im Ergebnis nur darauf zielen, größere Rentenabschläge beim tatsächlich früheren Eintritt zu erzielen. Damit würde diese Maßnahme in das Kapitel der aufzuerlegenden sozialen Bürden gehören, nicht aber in das beschäftigungspolitische Kapitel. Sollte sich das durchschnittliche Eintrittsalter tatsächlich nach oben verschieben, würde dies einen partiellen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit bewirken.

Die neue Zeitpolitik von CCS ist im folgenden Schwerpunkt gebündelt:

CCS will Lebenslanges Lernen etablieren:

„Der schnelle technologische Fortschritt in der Wissensgesellschaft erfordert es, berufliche Fähigkeiten und berufliches Wissen auch nach der Erstausbildung zu erhalten, anzupassen und zu erweitern. Weiterbildung ist mehr als ein Bildungsprinzip. Lebensbegleitende Weiterbildung sichert Qualifikation und schützt damit vor dem Verlust des Arbeitsplatzes.

Der demographische Wandel erfordert zudem, dass auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beruflich aktiv und auf dem aktuellen Wissensstand bleiben.

Um Offenheit, Lernbereitschaft und Lernfähigkeit generationenübergreifend zu verbessern, muss die Weiterbildungsbeteiligung deutlich erhöht werden“.

„Wir wollen mittelfristig die Weiterbildung zur 4. Säule des Bildungssystems machen“.

Kann eine Beschäftigungswende durch eine solche Investition von Arbeitszeit herbeigeführt werden? Es ist zumindest dieser Punkt, der Chancen bietet.

Um die vorhandenen strategischen Weichenstellungen noch einmal aufzulisten: Wenn es erstens richtig ist, dass die Wachstumsstrategie von CCS keine Änderung des seit Jahrzehnten abwärts gerichteten Wachstumspfad einleiten wird, wenn es zweitens richtig ist, dass die Innovations- und Produktivitätsstrategie von CCS die Produktivität eher beschleunigen wird, wenn es drittens richtig ist, dass die Politik der Arbeitszeitverkürzung auf lange Zeit keine Option mehr darstellen wird, weil global isoliert, dann ist die Investition von Zeit zwingend notwendig, um die Lücke zwischen Produktions- und Produktivitätswachstum zu schließen.

Lebenslanges Lernen verändert das gesamtgesellschaftliche Zeitbudget. Es zielt darauf, ein größeres Zeitvolumen für Bildung, Forschung und Innovation dadurch zu erreichen, dass weniger Zeit im Zustand der Arbeitslosigkeit vergeudet wird.

Lebenslanges Lernen kann ein Gegengewicht zum 35-jährigen Rückgang des Arbeitsvolumens bilden.

Weil dieser Aspekt explizit nicht wahrgenommen worden ist, erklärt sich auch, dass diese strategische Option noch nicht operationalisiert worden ist.

(c) Zur Finanzierung einer Investition von Zeit

Wie ist diese Investition von Zeit für Qualifikation, Innovation und Produktivität, für die weitere Verbesserung der Standortqualität und Wettbewerbsfähigkeit und für die Entwicklung von Beschäftigung zu finanzieren?

Festzuhalten ist, dass es sich nicht um traditionelle Arbeitskosten handelt, sondern dass es hier um Investitionen geht, deren Finanzierung genauso zu klären ist, wie dies bei Investitionen in Sachkapital der Fall ist. Der Aufwand für diese Art von Investitionen entsteht jetzt, die Kosten fallen später an. Insofern zeigt sich eine erste Parallele zu den Abschreibungen auf das Sachkapital.

Eine zweite besteht darin, dass nicht nur aus der Vergangenheit resultierende Produktivität zur Finanzierung dieser Investitionen genutzt werden muss, sondern dass zugleich mit dieser Investition die Basis für neue Produktivität in der Zukunft gelegt wird. Bei der Finanzierung dieser Investitionen kommen also nicht nur die Unternehmen und Tarifparteien mit der Verteilung des Produktivitätsfortschritts ins Spiel. Die Stärke des CCS-Koalitionsvertrags liegt darin, diese Investition als gesamtgesellschaftliche Aufgabe erkannt zu haben. Die Wirtschafts-, Forschungs- und die Bildungspolitik sind gleichermaßen gefordert.

Noch wird allerdings die Aufgabe der Finanzierung von CCS nur *in Einzelpunkten* angesprochen.

Ein Schwerpunkt dabei lautet z. B.:

„*FuE-Ausgaben: In die Zukunft investieren*“

„Wir müssen in Deutschland vor allem durch permanente Innovationen Wettbewerbsvorsprünge erzielen“.

„Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben sich das Ziel gesetzt, bis 2010 der stärkste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Dazu soll der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf mindestens 3% des Bruttoinlandsproduktes steigen“.

„Deutschland hat bereits einen Anteil von 2,5% erreicht. Die Investitionen in Bildung und Forschung sind für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands von zentraler Bedeutung. Deshalb muss die Volkswirtschaft die 3% des BIP für FuE in kontinuierlichen Schritten bis zum Jahr 2010 zur Verfügung stellen. Dazu sind erhebliche gemeinsame Anstrengungen von Staat und Wirtschaft erforderlich“.

In einer anderen Spezifizierung heißt es:

„Wir werden die zwischen Bund und Ländern vereinbarte Exzellenzinitiative zur Stärkung der Hochschulforschung sowie den Pakt für Forschung und Innovation umsetzen sowie den Einstieg in die Vollkostenfinanzierung vornehmen. Den Bau der beschlossenen Großgeräte werden wir auf eine sichere finanzielle Basis stellen“.

Zu den *Trägern* der Finanzierung gibt es schon *umfassendere Vorstellungen*:

Erstens sind angesprochen: die Allgemeinheit, die Wirtschaft und der Einzelne.

„An der Finanzierung von Weiterbildung müssen sich die Allgemeinheit, die Wirtschaft und der Einzelne in angemessener Weise beteiligen. Durch *Bildungssparen* wollen wir ein neues Finanzierungsinstrument entwickeln und dazu das Vermögensbildungsgesetz novellieren. Dies geschieht haushaltsneutral“.

Zweitens der Staat selbst, z. B.:

„Zur Unterstützung von besonders profilierten Clustern werden wir im Rahmen von wettbewerblichen Ausschreibungen Fördermittel vergeben“.

Drittens die Tarifparteien:

„Die Tarifvertragsparteien ermuntern wir, die Einrichtung von Bildungszeitkonten zu vereinbaren, auf dem Arbeitnehmer Überstunden und Urlaubstage langfristig sammeln können. Der Staat hat dabei für angemessene Rahmenbedingungen zu sorgen, zu denen etwa die Insolvenzsicherung von Arbeitszeit- und Lernzeitkonten gehört“.

Aktuell werden in der Metallindustrie Tarifverhandlungen stattfinden, in denen diese Materie eingeführt werden wird. Es wird um zwei Schwerpunkte gehen, nämlich um die Erhöhung der Löhne sowie um Regelungen zu Innovation und Qualifizierung. Hier bietet sich eine erste Gelegenheit, beide Tarifparteien dahingehend zu ermuntern, dem Innovationspaket im Gesamtabschluss ein möglichst hohes Gewicht beizumessen. Adäquat angegangen, wäre ein solcher Tarifvertrag ein Schritt zur langfristigen Beschäftigungssicherung.

(d) Fazit

Investition von Zeit ist zwingend notwendig, um die klaffende Lücke zwischen Produktions- und Produktivitätswachstum zu schließen.

Lebenslanges Lernen könnte ein Gegengewicht zum 35-jährigen Rückgang des Arbeitsvolumens bilden.

Mit dem Ziel, die Weiterbildung zur 4. Säule des Bildungssystems zu machen, schlägt CCS durchaus ein neues Kapitel der Zeitpolitik auf.

Wenn es für dieses zentrale Ziel dann allerdings heißt, dass diese vierte Säule erst *mittelfristig* realisiert werden soll, dann ist mit den positiven Beschäftigungswirkungen dieser Strategie in dieser Legislaturperiode nicht mehr zu rechnen.

Einzelpunkte zur Finanzierung und erste Vorstellungen zur Trägerschaft reichen für die Ausformulierung der Zeitstrategie, das Zentrum der Beschäftigungsstrategie, einfach nicht aus. Hier fehlt die Operationalisierung.

4. CCS-Strategie 4: Der Arbeitsmarkt

Im Zuge des Vordringens der Angebotsorientierung der Wirtschaftspolitik in den letzten 30 Jahren hat eine Überschätzung der Arbeitsmarktpolitik um sich gegriffen. Ein vorläufiger Höhepunkt in Deutschland wurde mit dem Hype zur Vorbereitung auf die Hartz-Reformen erreicht.

Der Koalitionsvertrag der CCS könnte eine Wende einleiten - oder auch bloß retardierendes Element bleiben?

(a) Beschäftigungsunwirksame Teile des Koalitionsvertrags:

Der umfangreiche Teil zur Arbeitsmarktpolitik von CCS enthält zunächst eine ganze Reihe von Maßnahmen, die mit der Schöpfung zusätzlicher Beschäftigung unmittelbar wenig zu tun haben. Drei wichtige Beispiele dazu:

- *Die Rationalisierung der Arbeitsmarktpolitik:*
“Die Vielzahl unterschiedlicher Förder-Instrumente ist für die Menschen kaum noch überschaubar. CCS werden daher alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf den Prüfstand stellen“.

Darüber hinaus soll die „gesamten Verwaltungsabläufe und die Organisationsstruktur von Hartz IV optimiert werden“.

- Eine weitere *Verunsicherung von Beschäftigten*:
Der Kündigungsschutz soll so weiterentwickelt werden: „Wir geben den Arbeitgebern bei der Neueinstellung die Option an die Hand, anstelle der gesetzlichen Regelwartezeit von 6 Monaten bei der Begründung des Arbeitsverhältnisses mit dem Einzustellenden eine Wartezeit von bis zu 24 Monaten zu vereinbaren“.
- Eine *Legalisierungsinitiative*:
“Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Schattenwirtschaft sind keine Kavaliersdelikte, sondern schaden unserem Land. CCS sind sich einig, dass diese Rechtsverstöße konsequent und mit Nachdruck geahndet werden müssen. Der Ehrliche darf in unserem Land nicht der Dumme sein. Unser Ziel ist es daher, den gesamten Bereich der Schattenwirtschaft zurückzudrängen“.

(b) Beschäftigungswirksame Teile des Koalitionsvertrags:

Das arbeitsmarktpolitische Kapitel enthält aber auch Maßnahmen, die auf die Schöpfung zusätzlicher Beschäftigung bzw. die Verringerung von Arbeitslosigkeit gerichtet sind.

Drei wichtige Beispiele auch dazu:

Erstes Beispiel: Verbesserung der Leistungsfähigkeit und -bereitschaft

Junge Menschen:

„Wir brauchen – dringender denn je – gut ausgebildete, hoch motivierte, kreative junge Menschen, damit wir unser Land auch im 21. Jahrhundert erfolgreich gestalten können. Wir wollen, dass in Zukunft kein Jugendlicher länger als drei Monate arbeitslos ist.“

Die Vermittlung und Qualifizierung junger Menschen, die eine Arbeit oder Lehrstelle suchen, wird auch in Zukunft eine zentrale Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit darstellen“.

Wir werden den „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ fortführen. Besonders bei diesem Punkt wird deutlich, wie schmal der Grat zwischen Wahlprogramm und KV ist. CCS muss diesen Pakt nämlich auch durchsetzen, gleichgültig wie hoch der Widerstand dagegen ist.

Ältere Beschäftigte:

„Qualifizierung und Weiterbildung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zur Förderung der Qualifizierung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besteht Einigkeit, dass für den Erhalt ihrer Beschäftigungsfähigkeit – gegebenenfalls auch auf der Grundlage tariflicher und betrieblicher Vereinbarungen Qualifizierungsmaßnahmen unerlässlich sind. Arbeitsplatzbezogene Qualifizierungsmaßnahmen sollen durch die Betriebe und nicht durch die

Beitragszahler finanziert werden“.

„Initiative „Perspektive 50 Plus – Beschäftigungspakte in den Regionen“.

Arbeitslose:

„Um arbeitslos gewordene ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder besser in den Arbeitsmarkt integrieren zu können, wird ... insbesondere die Weiterbildungsförderung gemeinsam mit der Wirtschaft auf ihre Wirksamkeit hin überprüft“.

Diese drei Programmpunkte laufen auf die konkrete Anwendung des Prinzips „Investition von Zeit“ im Felde Arbeitsmarktpolitik hinaus und können deshalb positive Beschäftigungswirkungen zeitigen.

Zweites Beispiel: Verringerung des Importes von Arbeitskräften

„Bei der Zulassung von Saisonkräften aus dem Ausland ... muss sicher gestellt bleiben, dass die Landwirtschaft ihren saisonalen Arbeitskräftebedarf ausreichend decken kann. Angesichts der unverändert hohen Arbeitslosigkeit ist aber unser Ziel, vor allem arbeitlose Leistungsbezieher verstärkt auch in kurzfristige Saisonbeschäftigungen zu vermitteln. Dazu ist es erforderlich,.. dass der Arbeitskräftezugang aus dem Ausland steuerbar bleibt. Der in den letzten Jahren erreichte Umfang der mittel- und osteuropäischen Saisonkräfte muss deutlich reduziert und soweit wie möglich durch Vermittlung inländischer Arbeitskräfte ersetzt werden.

Drittes Beispiel: Schaffung eines Niedriglohnsektors

„Fast 2 Millionen oder 39% der Arbeitslosen in unserem Land sind gering qualifiziert oder haben keinen Berufsabschluss. Die Chancen dieser Mitbürgerinnen und Mitbürger auf dem Arbeitsmarkt sind zu gering. Dieser Personenkreis braucht einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt, der neben Qualifizierungsangeboten oft nur über niedrig entlohnte Tätigkeiten möglich ist“.

„Die Koalitionsparteien sind sich darüber einig, dass der so genannte Niedriglohnsektor an sich und seine Zusammenhänge mit der Gesamthöhe von Sozialtransfers an Bedarfsgemeinschaften einer Neuregelung bedürfen. Wir wollen einerseits sicher stellen, dass Löhne nicht in den Bereich der Sittenwidrigkeit heruntergedrückt werden können, aber andererseits Menschen mehr als bisher die Möglichkeit auch zur Beschäftigung mit niedrigen Einkommen anbieten“.

„Wir werden deshalb die Einführung eines Kombi-Lohn-Modells prüfen, das sowohl die Aufnahme einfacher Arbeiten durch eine ausgewogene Kombination aus Arbeitslohn und Sozialleistung lohnend macht, als auch die Möglichkeit für zusätzliche Arbeitsplätze für einfache Tätigkeiten neu schafft“.

In dieselbe Richtung wirkt, dass CCS die Lohnzusatzkosten (Sozialversicherungsbeiträge) dauerhaft unter 40% absenken will.

(c) Fazit: Beschäftigungseffekte der Arbeitsmarktpolitik

Die vier wichtigsten Ergebnisse aus dem arbeitsmarktpolitischen Kapitel von CCS sind:

Erstens hat CCS die häufig vorgetragenen ideologischen Übertreibungen einer alles entscheidenden Wirksamkeit der Arbeitsmarktpolitik wohlthuenderweise nicht aufgenommen. Dieser Teil ist weniger ideologisch - bei allen sozialen Zumutungen, die auch darin enthalten sind - als fachlich ausgerichtet.

Zweitens ist ein Kernsatz dieses Kapitels: „Die aktive Arbeitsmarktpolitik leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Arbeitssuchenden“. Chancen, und das ist in der Vergangenheit (gerade auch bei Hartz) häufig übersehen worden, sind wichtig, aber eben noch keine realisierten Arbeitsplätze.

Drittens ist es richtig, auch auf diesem Felde zu rationalisieren. Alle Bürokratie und alle unproduktiven Verkrustungen gilt es, zu Leibe zu rücken, um den Arbeitsmarkt effizienter zu machen. Dagegen ist nichts einzuwenden. Das ist aber nur das Minimum, sozusagen der Einstieg. Dabei geht es eher um Kosten und Aufwand und weniger um Beschäftigung. Die Millionen von Arbeitsplätzen jedenfalls, die benötigt werden, sind auf diesem Wege nicht zu schaffen.

Viertens sind die schon eher mit der Einrichtung eines Niedriglohnssektors zu schaffen. Die damit zu erzielenden Beschäftigungseffekte sind allerdings offen:

- Einerseits belegen die in den USA gemachten Erfahrungen zwar, dass hier ein quantitativ bedeutsamer Beschäftigungseffekt zu heben ist.
- Andererseits aber hat CCS für dieses Vorhaben nur den bereits erwähnten Prüfauftrag für eine Kombi-Lohn-Modell angekündigt. Dazu soll eine Arbeitsgruppe mit einem umfassenden Auftrag eingerichtet werden. Erst auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Gruppe wird die Bundesregierung 2006 Lösungen herbeiführen. Gleichzeitig will sie gemeinsam mit den Tarifvertragsparteien nach Wegen suchen, Regelungen für den Niedriglohnsektor zu finden.

Exkurs:

Die Einführung eines Niedriglohnssektors stößt häufig bei politischen Gruppierungen auf Widerstand, die umgekehrt keinerlei Kritik an der Masseneinwanderung von Niedrigqualifikationen üben.

Dies passt nicht zusammen.

Wenn Einwanderung von Niedrigqualifikation massenhaft zugelassen wird, ist ein Niedriglohnsektor die zwangsläufige Folge. Bei anhaltend sinkendem Arbeitsvolumen gibt es keine Alternative, diesen zusätzlichen Marktdruck anders aufzufangen.

Die beschäftigungspolitische Relevanz des arbeitsmarktpolitischen Kapitels insgesamt kann also derzeit nicht ausgewiesen werden. Vorläufig ist sie als neutral einzustufen.

5. Vier Strategien – eine Bilanz der Beschäftigungseffekte

Ziehen wir die Gesamtbilanz der vier CCS-Strategien zur Beschäftigungspolitik. Kann die Große Koalition die Trends der letzten 35 Jahre wenden?

(a) Die Wachstumsstrategie

Wir haben nicht erst seit 10 Jahren eine Wachstumsschwäche, sondern die Wachstumsraten der Inlandsproduktion sinken seit über fünf Jahrzehnten. Wegen dieser falschen Diagnose tendiert CCS dazu, bereits das Ausgangsproblem zu unterschätzen.

Mit dem kurz- bis mittelfristig angelegten Wachstumsprogramm ist demzufolge eine Wachstumswende nicht zu erreichen:

- Das Ausgabevolumen des Programms ist zu klein;
- Mit der Mehrwertsteuererhöhung wird die lahrende Binnenkonjunktur nicht belebt.

Es ist zu befürchten, dass die Gesamtwirkung der Wachstumsstrategie eher kontraktiv als expansiv ist.

(b) Die Produktivitätsstrategie

Die Innovations- und Produktivitätsstrategie ist insofern perspektivreich, als sie zur „Stärkung der Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft“ führen könnte.

In diesem Kapitel werden aber nur die positiven Beschäftigungswirkungen des Innovationsprozesses gesehen. Ausgeblendet hingegen werden die arbeitssparenden Effekte der Produktivität.

In den letzten 35 Jahren ist die Produktivität ständig schneller als die gesamtwirtschaftliche Produktion gewachsen. Dieser Produktivitätsüberschuss hat eine gewichtige Einsparung an Arbeitsvolumen nach sich gezogen.

Gleichwohl will CCS die Innovation noch beschleunigen. Innovation wird also eindimensional abgehandelt. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit steht im Vordergrund, das Beschäftigungsziel wird in diesem Kapitel aus den Augen verloren.

Die zentrale Frage nach den Produktivitätsüberschüssen wird nicht diskutiert. Jede Beschäftigungspolitik aber muss an diesem Punkt ihren Ausgang nehmen.

(c) Die Zeitstrategie

Um die klaffende Lücke zwischen Produktions- und Produktivitätswachstum zu schließen, ist Investition von Zeit unumgänglich.

Mit dem Ziel, die Weiterbildung zur 4. Säule des Bildungssystems zu machen, schlägt CCS durchaus ein neues Kapitel der Zeitpolitik auf. Lebenslanges Lernen könnte ein Gegengewicht zum 35-jährigen Rückgang des Arbeitsvolumens bilden.

Wenn es für dieses zentrale strategische Ziel dann allerdings heißt, dass die 4. Säule des Bildungssystems erst mittelfristig realisiert werden soll, dann ist mit Beschäftigungswirkungen in dieser Legislaturperiode ebenfalls nicht mehr zu rechnen.

Einzelpunkte zur Finanzierung und erste Vorstellungen zur Trägerschaft reichen für die Ausformulierung der Zeitstrategie, das Zentrum der Beschäftigungsstrategie, einfach nicht aus. Hier wird die richtige Strategie formuliert, jedoch, es fehlt das entschiedene Vorgehen.

(d) Beschäftigungseffekte der Arbeitsmarktpolitik

Richtig ist, auch den Arbeitsmarkt zu rationalisieren. CCS will unproduktive Verkrustungen beseitigen, um den Markt effizienter zu machen.

Dabei geht es aber eher um den Wegfall von Kosten und Aufwand und weniger um Beschäftigung.

Arbeitsplätze sind schon eher mit der Einrichtung eines Niedriglohnssektors zu schaffen. Das belegen die in den USA gemachten Erfahrungen.

CCS hat für dieses Vorhaben jedoch nur einen Prüfauftrag für ein Kombi-Lohn-Modell angekündigt. Dazu soll eine Arbeitsgruppe mit einem umfassenden Auftrag eingerichtet werden. Erst in 2006 will die Bundesregierung Lösungen herbeiführen. Gemeinsam mit den Tarifvertragsparteien sollen Regelungen für den Niedriglohnsektor gefunden werden.

Auch die mit diesem Instrument zu erzielenden Beschäftigungseffekte müssen deswegen einstweilen als offen gelten.

(e) Die Bilanz dieser vier beschäftigungspolitischen Strategien

Die strategischen Weichenstellungen von CCS laufen also auf die folgenden Beschäftigungseffekte hinaus:

- Mit der Wachstumsstrategie wird keine Änderung des seit Jahrzehnten abwärts gerichteten Wachstumspfades eingeleitet.
- Mit der Innovations- und Produktivitätsstrategie wird die Produktivität eher beschleunigt. Das reißt auf der Zeitschiene ein Loch: Mittel- bis langfristig bringt das Arbeitsplätze, kurzfristig fallen sie eher weg.
- Ein großes Investitionsvolumen von Zeit wäre also zwingend notwendig, um die Lücke zwischen Produktions- und Produktivitätswachstum zu schließen. Eine auf Lebenslanges Lernen gerichtete Strategie soll aber erst mittelfristig eingesetzt werden.

- Die Arbeitsmarktpolitik will ihr folgenreichstes Instrument, die Einrichtung eines Niedriglohnssektors, erst einmal durch eine Arbeitsgruppe prüfen lassen. Beschäftigungseffekte sind daher vorläufig nicht einzuschätzen.

Die *Gesamtbilanz* erbringt daher ein übersichtliches Ergebnis:

Ob die CCS überhaupt die 35 Jahre alten Trends wenden kann, bleibt vorläufig offen. Wenn sie es schaffen sollte, dann bleibt in dieser Legislaturperiode zu wenig Zeit, um einen massiven Abbau der Arbeitslosigkeit zu erzielen. Die Arbeitslosigkeit wird auf hohem Niveau verharren.

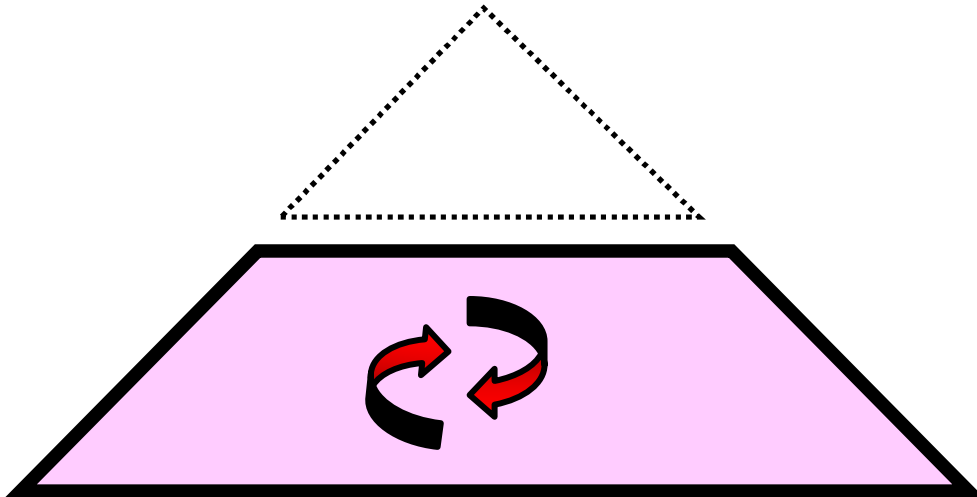
III. Wohlstandsinseln in der Wüste?

1. CCS im nationalen Politik-Trapez

Der prinzipielle Blickwinkel von CCS ist national. Das Phänomen Arbeitslosigkeit wird im nationalen Rahmen analysiert; die Beschäftigungspolitik wird wesentlich national konzipiert.

Damit bewegt sich CCS mit dem Beschäftigungsteil des Vertrags im nationalen Politik-Trapez.

In diesem stehen die national sichtbaren Probleme im Zentrum der Diskussion, die internationalen Zusammenhänge verbleiben im Obergrund.



Auf dieselbe Perspektive hat sich *MacroAnalyst* bei seiner Analyse des CCS-KV eingelassen. Der Mangel dieser Perspektive aber ist offensichtlich:

Die Globalisierung hat die Art und Weise des Wirtschaftens bereits grundlegend umgewälzt. Zwei für die Beschäftigungspolitik entscheidende Änderungen liegen darin, dass *erstens* der Aufstieg der Finanzwelt zulasten der operativen Wirtschaft geht und dass *zweitens* unter Global Governance die Arbeitsmärkte geflutet werden (empirisch belegt in den Papieren „Investment Banking“, „Einwanderung“ und „Europa“ auf dieser Website).

Dieser Prozess schreitet ständig voran.

Je weiter die nationalen Grenzen eingeebnet werden, um so stärker werden die ökonomischen Ausgangsbedingung global geprägt und um so gewichtiger werden die politischen Vorgaben von Global Governance.

Und dies sollte keinen wesentlichen Einfluss auf die Beschäftigungsgrundlagen haben?

2. Die globale Draufsicht

Ist es nicht an der Zeit, einen Paradigmenwechsel für die Erklärung der Arbeitslosigkeit einzuleiten?

Müssen wir nicht eine Draufsicht wagen, um die gewaltigen Dimensionen zu begreifen, um die es hier geht?

Sind Lösungen aus nationaler Perspektive nicht abermals – wie seit 35 Jahren - zum Scheitern verurteilt, weil diese die Wucht der geänderten Gesetzmäßigkeiten gar nicht erfassen kann?

Die beiden Änderungen der Beschäftigungsgrundlage durch Global Governance legen dies nahe.

(a) Riss im Kettenglied – Abpumpen aus den Investitionstöpfen

„Deutschland braucht einen Dreiklang aus Sanieren, Reformieren und Investieren“. Das ist der Generalansatz von CCS. Konzentrieren wir uns hier auf den dritten Klang.

In der Produktivitäts- und Beschäftigungskette spielt das *Investieren* in der Tat eine herausragende Rolle, an der Stelle nämlich, an der der Innovationsprozess in Produkte und Prozesse umgesetzt wird.

Die Produktivitäts- und Beschäftigungskette

Bildung → Forschung → Innovation → *Umsetzung des Wissens in wettbewerbsfähige Produkte und Prozesse* → Beschäftigungsvolumen

Dem folgend fordert CCS: „Deutschland braucht eine Wachstumsstrategie mit deutlich höheren Investitionen“.

Und leitet daraus ab: „Wenn die anhaltende Investitionsschwäche nicht überwunden wird, kann die deutsche Wirtschaft nicht gesunden. Die Wiederbelebung der Investitionstätigkeit ist der Schlüssel für neues Wirtschaftswachstum“.

Die Frage ist nun, ob unter dem Einfluss von Global Governance diese Kettenglieder überhaupt noch so verknüpft sind. In wieweit können Förderansätze, die eine intakte Kette unterstellen, noch Wirkung entfalten?

Ein Hauptergebnis im Papier zum Aufstieg von Investment Banking auf dieser Website war,

dass ihm die Zeithorizonte der operativen Welt zu lang sind;

dass es deswegen den Schwenk von der Einkommens- zur Vermögensverteilung vollzogen hat; d. h.

dass es dazu übergegangen ist, Vermögensbestände weltweit direkt umzuverteilen.

Vermögensbestände, also gebündelte Netto-Wertschöpfung und Erträge aus operativer Tätigkeit der Vergangenheit, sind auf der Aktivseite der Unternehmensbilanzen gebucht. Dazu gehört auch die Kassenhaltung. Diese soll der Umsetzung der Innovationen in Investitionen dienen – so das alte Muster.

Welche neuen Realitäten schaffen nun Advanced Financial Capital und Global Governance?

In den USA geht AFC einen neuen Weg schon länger: In 2005 werden US Konzerne erneut einen Rekordbetrag für *Dividenden* und *Aktienrückkäufe* verwenden. Die Summe des vorangegangenen Jahres wird noch einmal um mehr als 30 % übertroffen. Dieses Potential fehlt den Unternehmen für Innovation und Investition.

Deutschland folgt diesem Muster.

- *Der Fall Deutsche Börse* ist der Wendepunkt in der globalstrategischen Positionierung Deutschlands: Von der Deutschland AG zum Finanzplatz Deutschland (Höpner).

2004 und 2005 starten Investment Banken und Hedge-Fonds einen Angriff auf die Deutsche Börse. Diese hat seit 12 Jahren – unter Vorstandsvorsitzenden Seifert - eine erstklassige operative Entwicklung hinter sich zur besten Börse der Welt. Strategische Finanzreserven werden im Unternehmen angesammelt, um die London Stock Exchange zu übernehmen. Anglo-Amerikanische Finanzplayer organisieren einen Finanzfeldzug

(dass die BAFIN nicht in der Lage war, ein „acting in concert“ zu beweisen, war zu erwarten. Wie soll die BAFIN von britischen und amerikanischen Playern derart sensible Informationen einholen? Jochen Sanio, der Präsident der BAFIN, ist nicht Eliot Spitzer, der Generalstaatsanwalt von New York).

Sie räumen diese operative Reserve in Höhe von 1,5 Mrd. € mit zwei Instrumenten ab: Das eine besteht darin, dass die Ausschüttungen aktiviert werden (durch Dividendenerhöhung); das andere ist der Druck auf den Vorstand, eigenen Aktien zurückzukaufen. Damit versetzen sie den strategischen Perspektiven der Deutschen Börse einen schweren Schlag.

- *Der Fall der sieben Metallunternehmen im DAX-30:*
Eine Untersuchung (Babette Haas) hat folgende Bilanzentwicklung aufgedeckt: Von 2002 bis 2004 haben die sieben Metall-Unternehmen im DAX 30 einen operativen Cashflow von 85 Milliarden Euro aus dem laufenden operativen weltweiten Geschäft erwirtschaftet.

Davon wurden nur 55 Mrd. Euro in den Unternehmen reinvestiert (= 65 %). In fünf dieser Unternehmen lag die Reinvestitionsquote sogar unter 50 %

Die restlichen 35 Prozent gingen entweder an Banken (zur Verringerung der Verschuldung) oder sie wurden an die Aktionäre ausgeschüttet oder werden noch immer als Kasse gehalten.

Quelle: FAZ-Archiv

- *Der Fall Grohe AG*
Auch der deutsche Mittelstand ist begehrtes Zielobjekt. Die Firma Grohe ist der bekannteste mittelständische Fall in Deutschland geworden – „kaum ein deutsches Unternehmen hat die Übernahme durch Finanzinvestoren so durchgerüttelt“ (Der Spiegel).

Der Fall Grohe AG

Grohe war Weltmarktführer für Sanitärarmaturen mit einer Rekordrendite von 20 % - bis sie in das Visier der Investoren gerieten.

1999 kaufen die britischen Investoren „BC Partners“ Grohe auf.
2004 reichen sie sie weiter an die Investoren „Texas Pacific Group (TPG)“ und „Credit Suisse First Boston (CSFB)“.

Von 1999 bis Ende 2005 wird *Bootstrapping* betrieben, so „wird diese Aussauge-Technik in der Private-Equity-Szene genannt“.
Statt Kapital (Private Equity) zu investieren, „pressen die neuen Investoren die Firma stematisch aus“.

Das Ziel von Bootstrapping: aus firmeneigenen Mitteln den Kaufpreis wieder herausholen

Zu diesem Zweck wird ein Großteil des Kaufpreises geliehen. „Die neuen Besitzer pumpen den Armaturenhersteller dermaßen mit Schulden voll, ...dass er „durch immer mehr Schulden ersticke“.

Kombiniert wird dieses Aussaugen mit einem Steuerfluchtmodell für die amerikanischen Anleger. Jeder operative Gewinn wird so mit den Schulden verrechnet, dass ein Verlust herauskommt. Ziel ist auch, keine Gewerbesteuer zu zahlen, der Staat muss leer ausgehen.

Quelle: Der Spiegel 48/2005 (Zitate daraus)

Ergebnis der Grohe-Operation:

Für die Investoren: BC gelang es in fünf Jahren, inklusive der Entnahmen seinen Einsatz zu verdoppeln.

Für die Firma: „Grohe, gerade noch Geheimtipp unter den Firmenmelkern, schien auf einmal ein todkrankes Unternehmen zu sein“.

Für den Staat: Er verliert Steueraufkommen

Für die Beschäftigung: 1200 von 4300 Arbeitsplätzen werden bis 2006 gestrichen.

- *Mittelstand investiert wenig – Superreturn statt Investitionen*

In 2004 sind die Investitionen der kleinen und mittelständischen Betriebe noch einmal um 10 % gesunken, obwohl sie schon 2003 um 8 % zurückgegangen waren.

Zugeschrieben wird dies zumeist der schwachen Binnenkonjunktur.

Das ist auch einer der Auslöser. Aber die hier beschriebenen Vorgänge kommen hinzu.

Das hat mit den objektiv verringerten Investitionsvolumina zu tun, die von den Investoren abgesaugt werden. Es hat mit der subjektiv verschlechterten Stimmung zu tun, Advanced Financial Capital hilflos ausgeliefert zu sein. Wozu noch langfristige Anstrengungen unternehmen, wenn am Ende alles verloren geht?

Und der Vormarsch von AFC wird an Momentum gewinnen:

Die Renditejäger erobern Deutschland

Immer mehr ausländische Finanzinvestoren kaufen deutsche Mittelständler auf oder bringen ganze Konzerne unter ihre Kontrolle (Fall Börse).

Vom 21. Februar 2005 an trafen sich 1550 Manager von Beteiligungsfonds und deren Investoren auf der weltgrößten Private-Equity-Messe „Superreturn“ in Frankfurt am Main.

„Dort huldigen sie dem Standort Deutschland als Renditeparadies“

Quelle: FAZ, 22. Februar 2005

(b) Die Flutung der Arbeitsmärkte

Die zweite entscheidende Änderung der Geschäftsgrundlage für Beschäftigungspolitik liegt darin, dass unter Global Governance die Arbeitsmärkte geflutet werden

Der deutsche Arbeitsmarkt steht seit 35 Jahren unter Druck. Jahr für Jahr hat die Volkswirtschaft ein höheres Inlandsprodukt mit weniger Beschäftigungsstunden hervorgebracht. Würden die bisherigen Trends weiter wirken, sänke die Zahl der nachgefragten Erwerbstätigen in Zukunft schneller, als die Bevölkerung dies tun wird. (Belege dazu vgl. Papier „Einwanderung“ auf dieser Website).

Schon heute sehen wir uns mit einer Überkapazität von 7,3 Millionen Arbeitskräften konfrontiert (4,4 Mio. registrierte Arbeitslose + 2,9 Mio. Stille Reserve; IAB 2004).

Die darin enthaltene "Stille Reserve" ist offensichtlich kein zeitgemäßes Konzept mehr, weil aus dem nationalen Blickwinkel gesehen. Es unterschätzt das Volumen der eigentlichen Reserve.

Globalisiert man dieses Konzept nämlich, betrachtet also den Arbeitsmarkt aus dem globalen Blickwinkel heraus, so stehen unter heutigen Bedingungen Millionen und Abermillionen von Zuwanderern in aller Welt bereit, ihre Arbeitskraft auf dem deutschen Markt anzubieten. Um dieses potentielle Volumen sofort wirksam werden zu lassen, bedarf es lediglich der Beseitigung der nationalen Barrieren.

Und dies ist die Hauptstoßrichtung von Global Governance: Um seine Generalziele durchzusetzen, verfolgt es *drei* Zwischenziele:

Zunächst die Schaffung eines großen weltweiten *Warenmarktes*;

parallel dazu die Schaffung eines freien *Kapitalmarktes*;

nachfolgend dann die Öffnung für den freien Fluss der *Arbeit*.

Diese drei globalpolitischen Zwischenziele zeitigen drei Folgen für die Beschäftigung:

Erste, quantitative Folge: Die Ausdehnung der globalen Beschäftigungslücke auf den deutschen Arbeitsmarkt

Auf der Basis der empirischen Faktenlage gibt es genau drei Möglichkeiten, diesen weiteren Zufluss zu absorbieren:

Entweder der Zuwanderer hat keine Chance, überhaupt in den Arbeitsmarkt hineinzukommen, dann bleibt er dauerhaft ohne Beschäftigung;
oder er schafft es zunächst, gerät aber über kurz oder lang in das Heer der Arbeitslosen;
oder die zusätzliche Arbeitsleistung des Eingewanderten verdrängt einen angestammten Beschäftigten (= Deutsche plus bereits ansässige oder eingebürgerte Ausländer).

Zweite, quantitative Folge: Die Verlängerung der Arbeitszeit zur weiteren Flutung

Die Verlängerung der Arbeitszeit gehört zu den wichtigen arbeitsmarktpolitischen Vorgaben von Global Governance für die Arbeitsmärkte der Welt. Das Arbeitsvolumen soll zunehmen - überall und ohne Berücksichtigung bereits vorhandener Überkapazitäten soll die Arbeitszeit verlängert werden. Schon heute müssen wir mehr Nicht-Beschäftigte als Beschäftigte registrieren. Je länger die Arbeitszeit der Beschäftigten wird, um so höher wird der Grad der Nicht-Beschäftigung steigen.

Dritte, qualitative Folge:

Zuwandernde Qualifikationsprofile blockieren Bildungssystem

Der deutsche Arbeitsmarkt hat jedoch nicht nur das Problem, Zuwanderung *quantitativ* absorbieren zu müssen. Auch *qualitativ* liegen die Barrieren hoch. Zuwanderung rekrutiert sich wesentlich aus einem Qualifikationspotential, das für den Exportstandort Deutschland nicht benötigt wird. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, benötigt der Standort immer höhere Qualifikation. Auf diesem Gebiet herrscht scharfe internationale Konkurrenz. Über Zuwanderung wird jedoch überwiegend Niedrigqualifikation bereitgestellt. Den Bedarf in diesem Segment kann der Binnenmarkt jedoch mühelos selbst decken.

Unglücklicherweise erweist sich auch im qualitativen Zusammenhang die Einwanderung nicht als Ent-, sondern als Belastungsfaktor.

Das IAB hat diesen Zusammenhang so formuliert:

Ein Drittel der in Westdeutschland lebenden Bevölkerung (im erwerbsfähigen Alter 15 - 65) haben keinen Berufsabschluss mehr.

Eine maßgebliche Ursache dafür sind die "Zuwanderungswellen der jüngeren Vergangenheit". Konstatiert wird "eine relativ schlechte Qualifikationsstruktur der bereits in Deutschland lebenden erwachsenen Einwanderer, ein unbefriedigendes Ausbildungsniveau ihrer Kinder - selbst dann, wenn sie bereits in Deutschland geboren sind". Das führt dazu, dass "der Ungelerntenanteil bei Ausländern extrem hoch ist".

Alexander Reinberg und Markus Hummel: Steuert Deutschland langfristig auf einen Fachkräftemangel zu? Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit; IAB-Kurzbericht, Nr. 9 Juli 2003 - Volltext abrufbar unter www.iab.de

Die Pisa-Studie hat diesen Befund untermauert. Das Bildungsniveau vor allem der großen Migrantengruppen sei „erschreckend niedrig geblieben“. Das Problem der ‚sprachlosen‘ Zuwanderer vor allem aus vormodernen Gesellschaften würde immer wieder von neuem in Deutschland verstärkt, wenn die hier geborenen Jungerwachsenen Ehepartner aus dem Heimatland der Eltern holten, nicht selten Analphabeten, meist ohne Berufsausbildung.

Horst Entorf: Pisa-Ergebnisse, sozioökonomischer Status der Eltern und Sprache im Elternhaus: International vergleichende Studie vor dem Hintergrund unterschiedlicher Einwanderungsgesetze; Darmstadt 2005; www.tu-darmstadt.de

Die Folgen dieser Befunde für die Produktivitäts- und Beschäftigungskette liegen darin, dass die beiden ersten Kettenglieder nun ebenfalls beschädigt werden. Zuwanderung bindet erhebliche Investitionsmittel im Sozial- und Bildungssektor, die für ökonomisch sinnvolle Qualifizierungsinvestitionen dann nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Optimierung des volkswirtschaftlichen Bildungsbudgets gerät mehr und mehr aus dem Blick (Bildungsausgaben für einfache Qualifizierung, statt Bildungsinvestitionen, die dem Standort angemessen sind; Sozialausgaben sechsmal höher als Bildungsausgaben). Das hat schwerwiegende Konsequenzen für die Qualität des Standorts. Die Integrationslast behindert die Entfaltung künftiger Qualifikation, Innovation und Produktivität.

Dass man sich dagegen zur Wehr setzen kann, hat der Vorstandsvorsitzende von Porsche, Wendelin Wiedeking, exemplarisch vorgemacht. „Wir sahen VW hochgradig gefährdet. Man musste erwarten, dass sich Investmentbanken einnisten“ (FAZ 8. Dez. 2005)

Hat CCS die Courage, diesem Beispiel zu folgen?

(c) CCS negiert den Riss in der Investitionsfinanzierung

CCS konzentriert zunächst einmal seine Maßnahmen auf die Unterstützung und Förderung der Unternehmen. Zwei Ansätze stehen im Vordergrund:

Generell ist vorgesehen:

„Bis zum Inkrafttreten einer Unternehmensteuerreform werden in einem ersten Schritt durch günstigere Abschreibungsbedingungen gezielt Anreize für eine verstärkte Investitionstätigkeit gegeben“.

Speziell für den Mittelstand ist vorgesehen:

„Höhere Investitionen im Mittelstand sind besonders wichtig, weil der Mittelstand rund 70% der Arbeitsplätze stellt. Ohne Überwindung der Investitionsschwäche kann er seine traditionelle Rolle als Wachstums- und Beschäftigungsmotor nicht wieder übernehmen. Die Finanzierung von Investitionen im Mittelstand darf nicht länger der Engpass für die deutsche Wirtschaft sein“. Vorgeschlagen werden demzufolge: Verbesserte Abschreibungsbedingungen; Förderung des ERP-Sondervermögens vollständig erhalten; mittelstandsfreundliche Umsetzung von Basel II und verstärkter Einsatz neuer Finanzierungsinstrumente“.

Das Design dieser Ansätze passt in das nationale Trapez. Passt es aber auch ins globale Dreieck?

CCS scheint das Widersprüchliche der bisherigen Politik durchaus zu sehen:

„Die Senkung der Steuersätze der letzten Jahre hat zwar die Erträge mancher Unternehmen und deren Investitionsfähigkeit gesteigert. Die höhere Ertragskraft hat allerdings noch nicht zu ausreichenden Inlandsinvestitionen geführt. Die größere Investitionsfähigkeit muss auch zu einer verbesserten Investitionstätigkeit führen. Im internationalen Vergleich brauchen wir deutlich bessere Abschreibungsbedingungen“.

Da CCS die Analyse der Beschäftigungsprobleme jedoch nicht auf den ganzen, globalen Raum ausweitet, bleibt nur, die alten Ketten immer wieder aufs Neue zu testen, obwohl nach 35 Jahren klar sein sollte, dass sie nicht mehr auf der Höhe der Zeit sind.

Im Prinzip wird noch immer von der die Gültigkeit der Gewinn-Arbeitsplatz-Kette der Bundesregierung unter Helmut Schmidt ausgegangen:

- Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen, und diese sind die Arbeitsplätze von übermorgen.

Diese Kette wird aber doch immer brüchiger. Heute zeigt sich immer mehr das folgende Kettenmuster:

- Die Gewinne von heute sind die Absaugungen durch Investment Banking von morgen, und diese sind die Verluste der Arbeitsplätze von übermorgen.

Dies dürfte ein wohl einmaliges Vorgehen der die Politik dominierenden, neoliberalen Wirtschaftswissenschaften sein: Obwohl sich das propagierte Ergebnis einfach nicht einstellt, wird die Anordnung der Versuchsreihen der letzten 30 Jahre unverändert beibehalten und der Versuch Jahr für Jahr wiederholt. Schon nach dem fünften Versuch aber war klar, wenn das Auto im Entwicklungszentrum vor die Betonmauer fährt, verformt sich der Stahl, nicht der Beton.

(d) CCS reagiert auf globale Beschäftigungsvorgaben

Das gleiche Verhaltensmuster zeigt sich auf dem Felde der Einwanderung. Auch hier werden die Vorgaben von Global Governance nicht durchanalysiert. Es wird lediglich auf deren Aktion reagiert. Drei Beispiele machen dies deutlich:

Das zeigt erstens das Beispiel der Arbeitszeitverlängerung, einer globalen Vorgabe für die Arbeitsmärkte.

Man sollte erwarten, dass CCS alle politische Kraft zunächst darauf konzentrierten würde, die schon vorhandenen überschüssigen Arbeitsreserven im eigenen Land zu nutzen, bevor man darüber nachdenkt, wie das Angebot an Arbeitsvolumen noch

weiter vergrößert werden kann. Jeder Unternehmer nutzt zuerst die bereits vorhandenen Kapazitäten, bevor er in deren Aufstockung investiert.

Stattdessen wird der Vorgabe von Global Governance nachgekommen, die Arbeitszeit noch zu verlängern. Dies bewirkt die zusätzliche Ausweitung des Arbeitsstundenangebots, für das schon heute keine Nachfrage vorhanden ist. Und es geht dabei um beträchtliche Größenordnungen:

Bei Anhebung der Lebensarbeitszeit (Renteneintrittsalter von 65 auf 67) liegt die potentielle Vergrößerung dieses Arbeitsvolumens in einer Größenordnung von über 5 Prozent.

Eine Heraufsetzung der Arbeitszeit von Beamten von 40 auf 41 Std. in der Woche vergrößert deren potentielles Arbeitsvolumen um 2,5 Prozent.

Allein diese beiden Maßnahmen würden das Segment der Nicht-Beschäftigten beträchtlich vergrößern.

Das zeigt zweitens das Beispiel der Schaffung eines Niedriglohnssektors, einer weiteren globalen Vorgabe für die Arbeitsmärkte.

Eine Arbeitsgruppe wird die Schaffung eines Niedriglohnssektors prüfen. Nachdem die Arbeitsmärkte bereits mit der Zuführung massenhafter Niedrigqualifikation geflutet wurden, ist ein vorhersehbares Ergebnis zu erwarten. Die in den USA gemachten Erfahrungen machen natürlich deutlich, dass hier ein quantitativ bedeutsamer Beschäftigungseffekt zu heben ist. Der Sektor für einfache Dienstleistungen benötigt das Low-wage-segment, andernfalls lässt sich – so die US-Erfahrungen – keine ausreichende Nachfrage am Arbeitsmarkt entwickeln. Den Beweis hat Global Governance dort bereits erbracht. Das Nachfragepotential in privaten Haushalten, im Gaststättenbereich, in Geschäften, in der Landwirtschaft, in Sozialberufen, im Transportwesen, war groß. In den USA ist in diesen Bereichen im Konjunkturzyklus der 90er Jahre die höchste Zahl neuer Jobs entstanden. Der Markt fragt dieses Potential jedoch nur bei niedrigen Einkommen nach.

Dieser Zufluss von Niedrigqualifikation wird die Bedingungen der angestammten Beschäftigten im selben Segment (Deutsche plus bereits eingebürgerte und ansässige Ausländer) unweigerlich mit hinab ziehen.

Eine auf Anhebung der unteren Lohngruppen gerichtete Tarifpolitik war in den 60ern und auch noch in den 70ern marktkonform, weil homogenere Strukturen durch Aufqualifizierung entstanden waren.

Jetzt wendet Global Governance die Verhältnisse. Die Zuwanderung wird schon wegen der Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsvolumens und auch nicht zu den herrschenden Löhnen am Markt nachgefragt.

Man muss nicht der generellen neoliberalen Leimrute folgen, um zu sehen, dass CCS nicht umhinkommen wird, den Niedriglohnssektor zu schaffen. Dieser zufolge beweist existierende Arbeitslosigkeit immer, dass die Löhne zu hoch und die Arbeits- und Sozialbedingungen zu komfortabel sind. Deren generelle Absenkung ist dann das Ziel. Dass dies eine kuriose Verallgemeinerung ist, zeigen die markanten Erfolge der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten. Es bedarf keiner Absenkung der existierenden Tarife für traditionelle Hochqualifikationen.

Der Niedriglohnsektor aber wird auf einem Fundament gebaut, den Global Governance zielgenau vorbereitet hat.

Das zeigt drittens schließlich auch das Beispiel Bildungspolitik, ein Strukturfeld, auf dem Global Governance negative Abstrahleffekte vorprogrammiert und deren Folgen für die operative Wirtschaft hinnimmt.

CCS: „Bildung ist der entscheidende Zukunftsfaktor für unser Land.

Bildung ist der Schlüssel für .. Entwicklung und Innovation.

Die Teilhabe aller an Bildung und Ausbildung ist die zwingende Voraussetzung dafür, dass keine Begabung ungenutzt bleibt. Unser Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft hängen immer stärker davon ab, welchen Stellenwert Bildung erhält“.

Vor dreißig Jahren war dies eine rundum richtige Kernaussage.

Heute ist sie dies einerseits noch immer, klammert andererseits jedoch die kontraproduktiven Veränderungen aus, die von einer global gewollten Masseneinwanderung von Niedrigqualifikation auf die zunehmende Blockierung des Bildungssystems und damit den Anfang der Beschäftigungs- und Produktivitätskette ausgehen.

3. CCS im globalen Dreieck

Weil der prinzipielle Blickwinkel von CCS national ist und weil im Zentrum der Handlungsentwürfe lediglich die national sichtbaren Probleme stehen, deshalb kann CCS in der Außenwirtschaftspolitik nicht Schritt mit der Zeit halten.

(a) CCS verharrt in alten Globalisierungsmustern

Das belegt das Kapitel „Aktive Außenwirtschaftspolitik“:

„Offene internationale Märkte und freier Handel sind von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. Durch eine aktive Außenwirtschaftspolitik sollen deutsche Unternehmen dabei unterstützt werden, den Weltmarkt zu erschließen. International tätige Unternehmen sichern und schaffen zukunftssichere Arbeitsplätze auch in Deutschland. Deshalb setzen wir uns für offene Märkte und fairen Wettbewerb in Europa und weltweit ein“.

Diese positive Formel stammt aus einer Zeit, als die Öffnung der Gütermärkte auf der Basis des Ricardo-Theorems voran getrieben wurde. In der Tat sind dabei erhebliche Wohlstandsgewinne erzielt worden. Gerade auch von den operativ tätigen Unternehmen in Deutschland.

Diese Zeit ist vorbei.

Inzwischen ist bei der Öffnung der internationalen Märkte ein Wendepunkt erreicht:

Die *Öffnung der Warenmärkte* ist weit fortgeschritten. Hier kann man sich jetzt bereits auf abrundende Schritte konzentrieren.

Die *Liberalisierung der Finanzmärkte* ist sogar so weit fortgeschritten, dass der optimale Punkt überschritten ist. Der auffälligste Beleg dafür ist die Zerstörung der operativen Basis der USA. Und inzwischen können die Hedgefonds gar völlig unreguliert ihren Geschäften nachgehen. Schon 1998 hat der Fall LTCM gezeigt, dass Hedge-Fonds für das Weltfinanzsystem gefährlich hohe Finanzvolumina bündeln. Inzwischen ist die Branche aber noch enorm gewachsen.

Hedge-Fonds „nicht unbedingt“ bedrohlich

Das Banking Supervision Committee (alle EU-Bankaufseher, Führung E. Meister, Vorstand Dt. Bundesbank) hat jetzt Stellung zu dieser Branche abgegeben:

„Die jüngsten Entwicklungen im Hedge-Fonds-Sektor dürften für die direkten Engagements der Banken bei Hedge-Fonds nicht unbedingt eine unmittelbare Bedrohung für die Finanzmarktstabilität in der EU darstellen. Doch könnten Banken auch indirekt beeinflusst werden, beispielsweise wenn Hedge-Fonds-Aktivitäten zu Marktverwerfungen führen. Deshalb könnten die direkten Engagements die wahren Risiken unterschätzen, die Hedge-Fonds für Banken darstellen“.

Quelle:; 29. 11. 05; FAZ-Archiv.

Die aus diesen Marktöffnungen erzielten Machtgewinne nutzt nunmehr Advanced Financial Capital, um auch die letzte Bastion zu nehmen – die Arbeitsmärkte. Die Folgen haben wir bereits gesehen.

Unbestritten hat CCS Recht: „International tätige Unternehmen sichern und schaffen zukunftssichere Arbeitsplätze“.

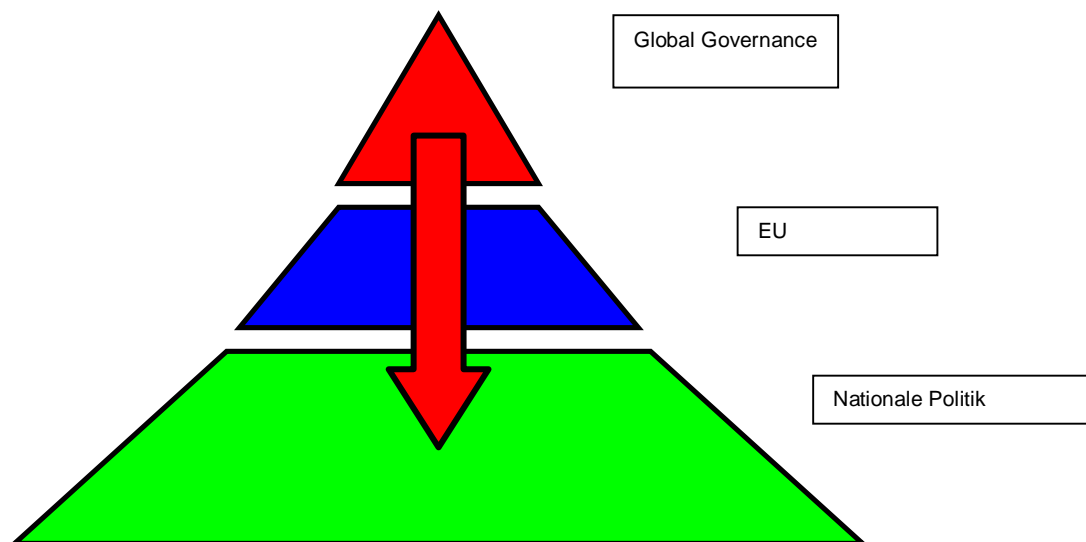
Genauso klar ist jedoch, dass dem negative Masseneffekte an anderer Stelle gegenüber stehen. Die Gesamtbilanz der Wirkungen der Globalisierung auf die Arbeitsmärkte ist verheerend.

(b) Neue Handlungsmuster

CCS bedarf eines prinzipiell neuen Blickwinkels. Die erreichte Machtkonstellation von Advanced Financial Capital in der nachoperativen Ära darf nicht im Obergrund verblassen. Sie gehört in den Vordergrund – Spotlights an.

Grafik

Politik im Nationalen Trapez; Trapez jedoch ist Teil des globalen Dreiecks



Drei Aufgaben gebührt jetzt Vorrang:

Erstens ist Transparenz gefordert, es bedarf einer umfassenden Globalisierungsanalyse:

CCS kann sich nicht mit hingeworfenen Bemerkungen (Heuschrecken-Muster) begnügen. Zwischen den Parteien und zusammen mit den Bürgern ist zu debattieren:

- Was macht das System ‚Global Governance‘ aus?
- Wer steuert Global Governance und wie steuert es wiederum selbst?
- Welche grundlegenden strategischen Vorgaben werden von der Spitze der Pyramide her weltweit politisch vorgegeben?
- Welchen Stellenwert haben die beschäftigungswirksamen Vorgaben in diesem Paket?
- Welche Freiräume existieren, um dem zu begegnen?
- Wie geht Advanced Financial Capital gegen die operative Wirtschaft - und damit gegen die Basis der Beschäftigung - vor und was kann dagegen getan werden?

Zweitens ist daraus ein neuer Dreiklang für die Integration der Märkte abzuleiten:

Anstatt die deutsche Wirtschaftspolitik auf immer neue Globalisierungsrunden anderer Player jeweils nur passiv reagiert, muss CCS jetzt agieren. Bringen wir unser Gewicht ein.

Die Überschrift für diese Handlungsfolie, der neue globalisierte Dreiklang, könnte heißen:

- Öffnung der Gütermärkte abrunden - die ständige Überbetonung der Welthandelsrunden angemessen einschleifen;
- Unterregulierten Finanzmärkten straffe Zügel anlegen;
- Segmentierung der Arbeitsmärkte auf Dauer beibehalten.

Milton Friedman, der neoliberale Nobelpreisträger, hat es vor langem auf den Punkt gebracht: "You cannot simultaneously have free immigration *and* a welfare state".

Heute könnte man dies so abwandeln: „You cannot simultaneously have free globalization *and* a welfare state *and* employment“.

Drittens ist das strategische Vorgehen zu klären – welche Ebenen in welcher Reihenfolge?

Dies ist eine ausschlaggebende Frage. Wenn der Feldherr klare Ziele hat, aber den falschen Weg einschlägt, verliert er den Kampf.

Wo liegen die wesentlichen Ansatzpunkte, um operative Leistungsfähigkeit und Arbeitsplätze starker deutscher Unternehmen (vor allem auch in der Industrie; aktuell: Fall MTU) gegenüber den Finanzplayern zu verteidigen?

Weithin herrscht Unklarheit über das Vorgehen, weil die Analyse fehlt. Form und Ebenen von Global Governance müssen aber zunächst geklärt sein, bevor die Marschrichtung bestimmt werden kann.

Die CCS-Generalformel „Gemeinsam mit unseren Partnern werden wir uns dafür einsetzen, den Prozess der Globalisierung gerecht zu gestalten“ ist reichlich unbestimmt. Sie ist zu operationalisieren.

Wer die Schwerpunkte der nationalen Beschäftigungspolitik bestimmen will, muss Einfluss auf die globalen Vorgaben nehmen können.

Der Feldherr kennt den Ausgangspunkt und das Ziel. Um die Schlacht zu gewinnen, muss er jede Etappe des Vormarschs von A nach Z kalkulieren. Hätte Dwight D Eisenhower den Ärmelkanal übersehen, er wäre nie nach Berlin gekommen.

Zwischen Deutschland und Global Governance liegt die EU. Sie wird bereits weitgehend von Global Governance gelenkt.

(*MacroAnalyst* bezieht sich hierzu auf die Europa-Analyse und die Europa-Politik auf dieser Website).

Wie lässt sich diese Basis zurückgewinnen?

Eine ganze Reihe von CCS-Ansatzpunkten trägt dazu nichts bei - Lissabon-Strategie, Deregulierungen, Entsendungs- und Arbeitszeitrichtlinie, „Flexicurity“ usw. Die Übergangsfristen zur Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die zehn neuen Mitgliedstaaten sowie für Rumänien und Bulgarien „haben den deutschen Arbeitsmarkt vor einer verstärkten Migration geschützt“. Das ist zwar richtig. Sie sind jedoch auf gerade sieben Jahre beschränkt, danach werden die übrigen europäischen Arbeitsmärkte voll getroffen.

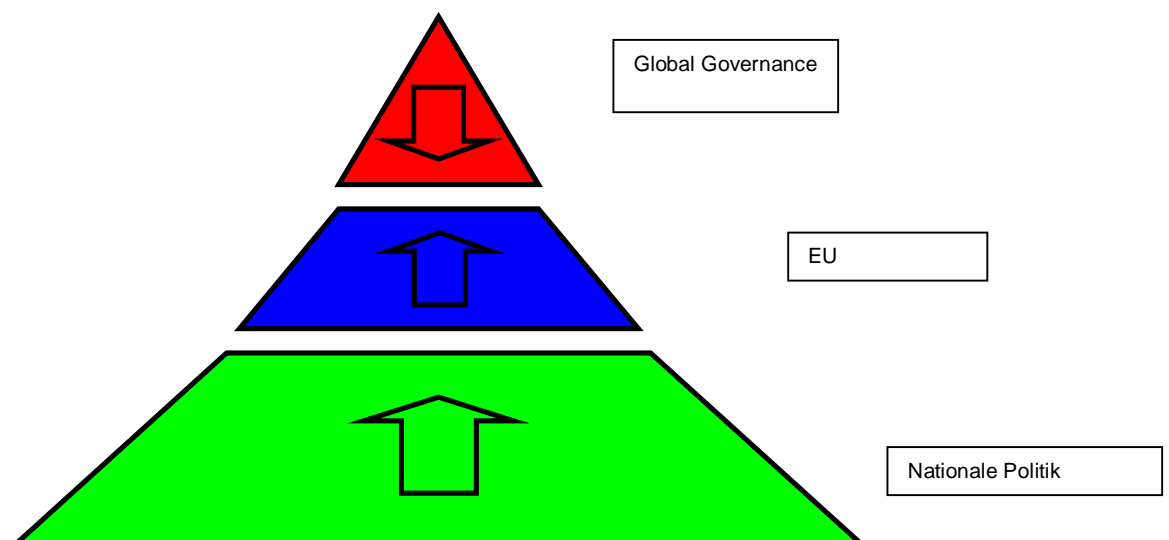
Deutschland allein ist heute nicht mehr aktionsfähig. Dafür sind bereits ab 1957 zuviel Kompetenzen an Supranationale Organisationen abgegeben worden. Es gibt kein Zurück zum bloßen Nationalstaat! Dessen Zeit ist ebenfalls abgelaufen.

Der Leitsatz kann nur heißen: Europa muss als eigenständiger und handlungsfähiger politischer Block innerhalb von Global Governance positioniert werden. Dieser Block kann nur als Kerneuropa geformt werden. Es ist zwar spät, aber noch immer ist Zeit, diese Richtung einzuschlagen.

(Eine Skizze der Meisterpläne für die EU und für Kerneuropa findet man im Thema „Wie weiter, Europa?“ auf dieser Website).

Ein europäischer Block ist Voraussetzung dafür, die Vorgaben von Global Governance durchkreuzen zu können. Ist Voraussetzung, für Europa wieder Beschäftigungspolitik betreiben zu können. Ist also auch Voraussetzung dafür, die Beschäftigungsziele von CCS zu realisieren.

Europa als handlungsfähiger Block



Vor etwa 15 Jahren kam die Vision von den „Produktivitätsinseln in der Wüste“ als Fluchtpunkt der weiteren ökonomischen Entwicklung auf.

Da einerseits die Dimension Produktivität in die operative Wirtschaft gehört und andererseits die globale Umverteilung von Vermögen mehr und mehr in das Zentrum des Wirtschaftens gerät, so dass die Finanzwirtschaft inzwischen die reale Wirtschaft dominiert, geht es inzwischen eher um „Wohlstandsinseln in der Wüste“.

Arbeit ist eine Facette dieses Trends. Immer mehr Bürger werden dauerhaft aus dem Erwerbsprozess hinaus gedrängt.

Wenn die Große Koalition nicht die Courage aufbrächte, sich zusammen mit anderen europäischen Partnerländern den Vorgaben von Global Governance entgegen zu stemmen, würde es noch schwerer vorstellbar, wie sie mit ihren national konzipierten Strategien erfolgreich sein soll.

Dann wird sich die Wüste ausbreiten.

IV. FAZIT: Was passiert bei „Weiter, wie bisher“ ?

1. Bei Antritt der Großen Koalition steht eine nationale Überkapazität an Arbeitskräften von über 7,3 Millionen bereit, neu zu schaffende Arbeitsplätze auch zu besetzen. Diese Ausgangslage ist das Erbe, das die Große Koalition von allen Regierungen der letzten 35 Jahre übernimmt. Mit ihrem Koalitionsvertrag erhebt sie den Anspruch, eine Wende der gezeigten verhängnisvollen Trends durchzusetzen. Wird ihr dies gelingen?

2. Die strategischen Weichenstellungen von CCS laufen auf die folgenden Beschäftigungseffekte hinaus:

Mit der Wachstumsstrategie wird keine Änderung des seit Jahrzehnten abwärts gerichteten Wachstumspfad eingeleitet.

Mit der Innovations- und Produktivitätsstrategie wird die Produktivität eher beschleunigt. Mittel- bis langfristig bringt das Arbeitsplätze, kurzfristig fallen sie eher weg.

Ein großes Investitionsvolumen von Zeit wäre also zwingend notwendig, um die Lücke zwischen Produktions- und Produktivitätswachstum zu schließen. Eine auf Lebenslanges Lernen gerichtete Strategie soll aber erst mittelfristig eingesetzt werden.

Die Arbeitsmarktpolitik will ihr folgenreichstes Instrument, die Einrichtung eines Niedriglohnsektors, erst einmal durch eine Arbeitsgruppe prüfen lassen. Beschäftigungseffekte lassen sich daher nicht einschätzen.

3. Es ist ein nationaler Rahmen, in dem CCS die Arbeitslosigkeit analysiert und seine Beschäftigungsstrategie konzipiert. Die internationalen Zusammenhänge verblissen im Obergrund.

Auf Weltebene und in der EU hat sich aber inzwischen Global Governance etabliert, das nationaler und europäischer Wirtschaftspolitik massive Vorgaben macht. So auch in der Beschäftigungspolitik.

Das Absaugen von Investitionsmitteln und die Flutung der Arbeitsmärkte beeinträchtigen die Entfaltung künftiger Qualifikation, Innovation und Produktivität.

Um diese Negativvorgaben abzuwehren, muss Europa als eigenständiger und handlungsfähiger politischer Block innerhalb von Global Governance positioniert werden. Dieser Block kann nur als Kerneuropa geformt werden.

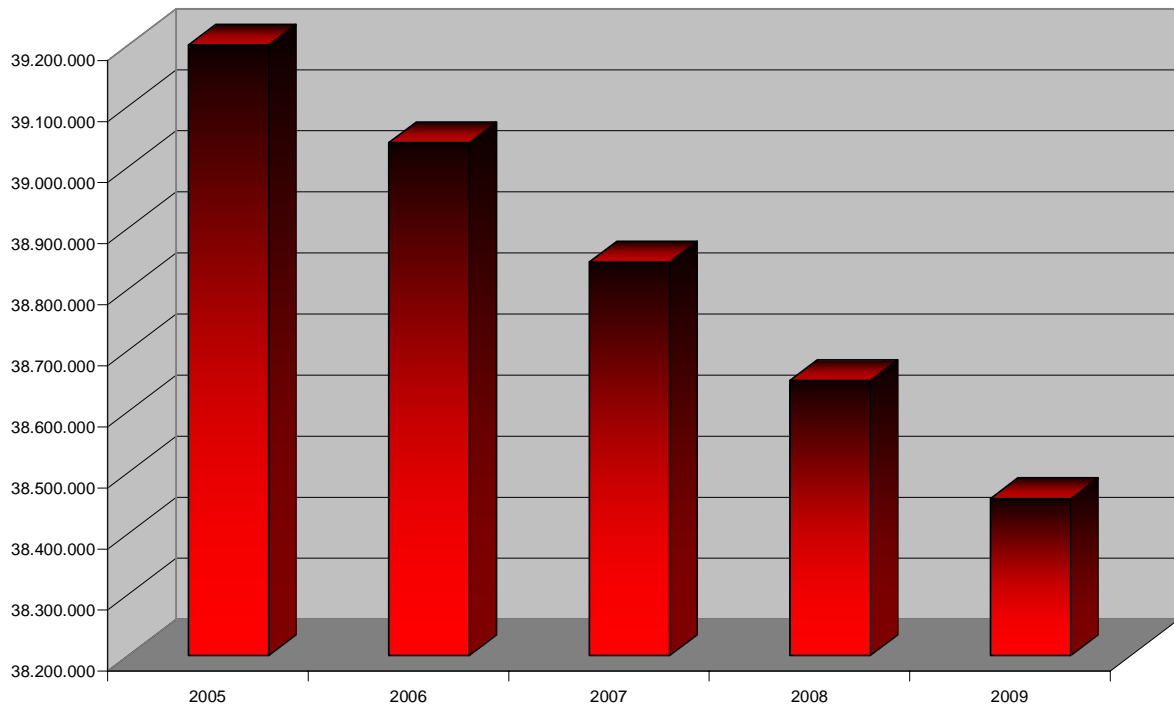
Ein europäischer Block ist auch Voraussetzung dafür, in Europa wieder Beschäftigungspolitik betreiben zu können; ist also auch Voraussetzung dafür, die Beschäftigungsziele von CCS zu realisieren.

Zusammengefasst: Wenn sich die Große Koalition den Vorgaben von Global Governance nicht entgegenstemmte, würde es noch schwerer vorstellbar, wie sie mit ihren national konzipierten Strategien erfolgreich sein will.

Dann wird der globale Trend zu „Wohlstandsinseln in der Wüste“ wohl eher noch deutlicher sichtbar werden.

Der deutsche Beitrag dazu in dieser Legislaturperiode wäre dann konkret:

Abbau von Arbeitsplätzen in nächsten 4 Jahren bei Zeitstrategie „Null“



Erwerbstätige bei Antritt der Großen Koalition (Stand Oktober 2005) extrapoliert mit den folgenden Annahmen:

1. Fundamentaltrends der letzten 35 Jahre bei Produktion und Produktivität ändern sich nicht;
2. keine weitere Arbeitszeitverkürzung,
3. aber auch noch keine Arbeitszeitverlängerung unterstellt;
4. Investition von Arbeitszeit findet noch nicht statt.

Erwerbstätige saisonbereinigt nach Inländerkonzept

Quelle: StatBuAmt;

Extrapolation von *MacroAnalyst*

Die lineare Fortschreibung der Fundamentaltrends der letzten 35 Jahre würde, wenn es zu keiner Investition von Zeit in den nächsten vier Jahren käme, einen Abbau von 778.854 Erwerbstätigen bis zum Ende der Legislaturperiode ausweisen.

Wenn wir die zu den beiden ersten Strategien entwickelten Einschätzungen der Produktions- und Produktivitätsverläufe von CCS hinzu nehmen, dann wäre dieses Ergebnis sogar das Minimum.

Dies ist keine Prognose.
Es soll keine Schwarzmalerei betrieben werden.

Dies ist eine Projektion.
Diese soll die Größenordnung zeigen, die dann eintreten kann, wenn das Problem weiterhin bloß im nationalen Kontext analysiert und deshalb unterschätzt würde – so wie in den letzten 35 Jahren.